

# RUNDBRIEF MAI 2022

THEMENKOORDINATIONSGRUPPE  
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



# VORWORT

Liebe Rundbrief-Leser/-innen,

in diesen schwierigen Zeiten freuen wir uns, das Vorwort mit einer Reihe positiver Nachrichten beginnen zu können. So wurde in Guatemala der Menschenrechts- und Umweltverteidiger Bernardo Caal Xol, für den sich Amnesty International in vielen internationalen Kampagnen eingesetzt hat, freigelassen – ebenso der US-Umweltanwalt Steven Donziger, der in Ecuador indigene Gemeinschaften in einem symbolträchtigen Fall gegen den Chevron-Konzern vertreten hatte.

Erfreulich sind die Urteile des Obersten Verfassungsgerichts von Ecuador und des *Third Collegiate Courts* für Verwaltungsangelegenheiten in Mexiko. In beiden Fällen geht es um die Anerkennung des Rechts indigener Völker auf Konsultation und die Ablehnung von Bergbaukonzessionen ohne deren Zustimmung. In der kanadischen Provinz British Columbia hat die Regierung erstmalig in der Geschichte zusammen mit indigenen Vertreter/-innen einen Aktionsplan zur Implementierung der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker vorgestellt.

Außerdem wurde das Jahr 2022 von den Vereinten Nationen zum Beginn einer internationalen Dekade der indigenen Sprachen erklärt, um damit auf die dringende Notwendigkeit ihres Erhalts aufmerksam zu machen.

Daneben gibt es aber leider auch eine ganze Reihe äußerst besorgniserregender Nachrichten: Der Konflikt zwischen Menschenrechten und Wirtschaftsinteressen, z. B. prägt die Macht der Rohstoffkonzerne die Situation vieler indigener Völker weltweit, wodurch ihre traditionelle Lebensweise massiv bedroht wird, ihnen ihre Rechte auf Konsultation verwehrt und sie vertrieben oder kriminalisiert werden. Beispiele hierfür finden Sie im Amazonasgebiet, in Kanada, Tansania, Indonesien oder Schweden. Bleibt zu hoffen, dass das Engagement von UN-Gremien dazu beiträgt, den Druck auf Regierungen zu verstärken und zu nachhaltigen Lösungen führt.

Weltweit sind indigene Frauen und Mädchen nach wie vor in besonderem Maße der Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Während indigene Frauen in Australien einen eigenen, selbstbestimmten nationalen Sicherheitsplan fordern, macht Amnesty International in ihrem aktuellen, englischsprachigen Bericht „The never-ending maze: Continued failure to protect Indigenous women from sexual violence in the USA“ auf das epidemische Ausmaß an sexualisierter Gewalt an indigenen Frauen in den USA aufmerksam.

Darüber hinaus enthält der Rundbrief wieder eine Reihe von Petitionen, an denen Sie sich beteiligen können. Weitere Informationsmöglichkeiten bieten die Urgent Actions.

**Lieber Alex, wir möchten dir an dieser Stelle ganz herzlich für die gute und inspirierende Zusammenarbeit sowie deine Zeit und deinen Einsatz im Redaktionsteam danken!**

Das Redaktionsteam wünscht allen eine spannende Lektüre und eine gute und erholsame Sommerzeit!  
Marianne Kersten und Rosie Hofstetter

# INHALT

Vorwort	2
Impressum	3
Der jüngste IPCC-Bericht und indigene Interessen	4
Women and Girls	7
Kanada	8
USA	14
Costa Rica	21
Guatemala	22
In eigener Sache	26
Ecuador	27
Brasilien	32
Paraguay	41
Chile	44
Nigeria-Niederlande	47
Tansania	49
AI-Broschüre zu Indigenen	50
Australien	51
Indonesien	56
Bangladesch	57
Schweden	59
Russische Föderation	61
Indigene Kunst	63
Filmtipp	66
Buchtipps	67

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker  
Marianne Kersten · Hohenrade 5 · 20257 Hamburg · marianne.kersten@amnesty-indigene.de  
Rosemarie Hofstetter · Pinneberger Straße 83 a · 22457 Hamburg · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.  
[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de); [www.amnesty-indigene.de](http://www.amnesty-indigene.de)

SPENDENKONTO:

Bank für Sozialwirtschaft · IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 · BIC: BFSWDE33XXX  
Gruppe 2915

# DER JÜNGSTE IPCC-BERICHT UND INDIGENE INTERESSEN

## ZUSAMMENFASSUNG EINER STELLUNGNAHME

Indigene Völker gehören zu den am meisten vom Klimawandel bedrohten Gruppen. Nicht nur ihr Land und ihre Art zu wirtschaften werden vom Anstieg von Temperatur und Meeresspiegel beeinträchtigt. Da sie oftmals ökonomisch marginalisiert sind, fällt ihnen auch die Anpassung schwerer. Damit ihre Stimmen besser Gehör finden, haben die Organisationen *International Work Group for Indigenous Affairs* (IWGIA), *Inuit Circumpolar Council* (ICC), *Nepal Federation of Indigenous Nationalities* (NEFIN) und *Pastoralist Indigenous NGO's Forum* (PINGO's Forum) eine gemeinsame Stellungnahme zum unlängst veröffentlichten Bericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) vorgelegt, in welcher sie diesen in Bezug auf die Perspektive Indigener analysieren. Diese soll im Folgenden kurz zusammengefasst werden.

Die Autoren loben das Streben des IPCC, neben wissenschaftlichen Erkenntnissen auch indigenes Wissen einzubinden und soziale Gerechtigkeit mit in den Fokus zu rücken und heben hervor, wie vor allem die Kompetenzen des ICC bezüglich der Entwicklungen in der Arktis vom IPCC eingebunden wurden.

Der IPCC-Bericht hebt des Weiteren bekannte Erkenntnisse um die Vulnerabilität Indigener hervor. Als besonders betroffen werden die Gemeinschaften in der Arktis eingestuft, denen der Verlust von Permafrostboden und die Übersäuerung der Meere zu schaffen mache. Die nach dem Kolonialismus fortgeführten Formen der Marginalisierung Indigener trügen zudem zu deren stärkerer Vulnerabilität gegenüber Klimaveränderungen bei.

Staatliche Anpassungsmaßnahmen würden zudem oft ohne Einbeziehung lokaler indigener Gruppen geplant und umgesetzt, was weiter zu deren Marginalisierung beitrage und durch das Ignorieren ihrer Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten auch wichtige Aspekte vernachlässige. Der IPCC fordert deswegen die Einbeziehung Indigener in die Ausgestaltung solcher Anpassungsmaßnahmen, um derartigen Entwicklungen vorzubeugen.

Der IPCC-Bericht kommt daher zu fünf Schlussfolgerungen bezüglich der Einbeziehung Indigener:

1. Indigenes Wissen sei relevant für die Resilienz von Ökosystemen. Es ermöglicht eine Anpassung an lokale Umstände, wodurch der Erfolg sogenannter „naturbasierter Lösungen“ gewährleistet werden könne.
2. Indigenes Wissen sei fundamental für Risikoreduktion. Durch Wissen über vorige Ereignisse könnten sie Risiken und mögliche Auswirkungen besser abschätzen und so zu Lösungen beitragen, die an den jeweiligen Kontext angepasst sind.
3. Indigenes Wissen mache Anpassungsmaßnahmen effektiver. Zudem würden gerechtere, nachhaltigere und ganzheitlichere Lösungen durch die Einbeziehung Indigener ermöglicht.
4. Indigenes Wissen sei ein fundamentales Element von „Klimagerechtigkeit“. Die Einbeziehung Indigener sei wichtig, um nicht historische Ungerechtigkeiten fortzuführen. Auch die Einbeziehung ihrer Rechtssysteme wird als Möglichkeit gesehen.
5. Die Einbeziehung Indigener sei eine Voraussetzung für die nachhaltige Bereitstellung von Nahrung und Wasser. Ihre Arten zu wirtschaften ermöglichten die Integrität von Ökosystemen und trügen so zu einer dauerhaften Sicherung von Wasser- und Nahrungsressourcen bei.

Zu einer angemessenen Einbeziehung seien die Selbstbestimmung indigener Gemeinschaften, die Anerkennung ihrer Rechte und die Unterstützung von auf ihrem Wissen basierenden Maßnahmen erforderlich. Es sei mehr Flexibilität gefordert, sowie ein Hinterfragen der Werte und Interessen, welche die bisherigen Anpassungsmaßnahmen bestimmt und in vielen Fällen zu Fehlern beigetragen hätten.

Die Organisationen sehen den jüngsten IPCC-Bericht daher als Schritt in die richtige Richtung, da er im Gegensatz zu vorigen Berichten den möglichen Beitrag indigenen Wissens anerkenne, wenn auch vor allem für lokale Lösungen. Sie hätten sich jedoch eine Einbeziehung indigener Werte und Weltanschauungen gewünscht, da diese zu einem Hinterfragen der sozialen und kulturellen Ursachen des Klimawandels beitragen könnten, wodurch ihr Beitrag sich neben der lokalen auch auf die globale Ebene erstrecken würde. Zudem wird kritisiert, dass das IPCC nicht auf ein gleichberechtigtes Nebeneinander von indigenem Wissen und Wissenschaft abziele, sondern eine Hierarchie beibehalte. Hier sehen die Organisationen noch Luft nach oben. Eine Ursache hierfür sehen sie darin, dass die Berichte des IPCC indigenes Wissen nur indirekt aufnehmen und sich hauptsächlich auf wissenschaftliche Studien stützten. Zudem reflektiere das IPCC zu wenig, wie die Fortführung kolonialer Entscheidungsstrukturen die Anpassung an den Klimawandel beeinflusse und wie es sich selbst zu diesen verhalte.

Des Weiteren fordern die Organisationen von den Staaten der Welt, Indigene bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen permanent einzubeziehen, auf nationaler Ebene Mechanismen zu etablieren, die Indigene angemessen repräsentieren und ihre Perspektiven, Eindrücke und Beschwerden aufnehmen, Kollaboration auf Augenhöhe zu fördern, und indigene Repräsentant/-innen in internationalen Foren mit einzubeziehen. Dies soll dazu beitragen, ihre Partizipation sicherzustellen und würde somit auch die Grundsätze der Konsultationspflicht nach der UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker achten.

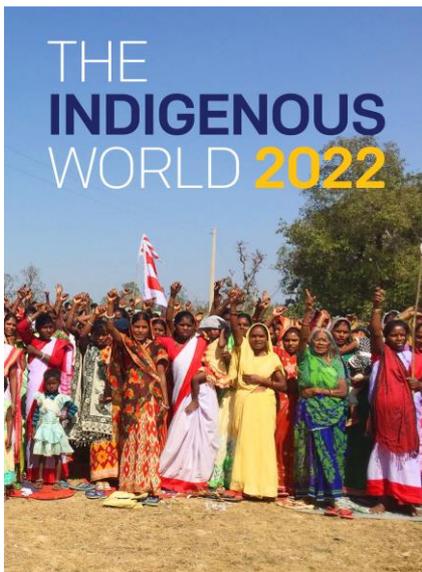
Hier finden Sie einen Link zum englischsprachigen IGWIA Briefing Paper "Recognising the contributions of Indigenous Peoples in Global Climate action? An analysis of the IPCC report on Impacts, Adaptation and Vulnerability, März 2022:

[https://iwgia.org/doclink/iwgia-ipcc-briefing-march-2022-eng/eyJ0eXAiOiJKV1QiLCJhbGciOiJIUzI1NiJ9.eyJzdWUiOiJpd2dpYS1pcGNjLWJyaWVmaW5nLW1hc mNoLTlwMjltZW5nliwiaWF0ljoXNjQ4MjM2NjM1LCJleHAiOiJlE2NDgxMjMwMzV9.PJ\\_JVz\\_PSY45D941htDF8jGrCRD8FWjvLMqPRcOTUFo](https://iwgia.org/doclink/iwgia-ipcc-briefing-march-2022-eng/eyJ0eXAiOiJKV1QiLCJhbGciOiJIUzI1NiJ9.eyJzdWUiOiJpd2dpYS1pcGNjLWJyaWVmaW5nLW1hc mNoLTlwMjltZW5nliwiaWF0ljoXNjQ4MjM2NjM1LCJleHAiOiJlE2NDgxMjMwMzV9.PJ_JVz_PSY45D941htDF8jGrCRD8FWjvLMqPRcOTUFo)

Übersetzt und zusammengestellt von David Weiß  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

-----

## GERN WEISEN WIR AUF FOLGENDE PUBLIKATION VON IWGIA HIN:



International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA), The Indigenous World 2022, April, 2022  
[https://www.iwgia.org/doclink/iwgia-book-the-indigenous-world-2022-eng/eyJ0eXAiOiJKV1QiLCJhbGciOiJIUzI1NiJ9.eyJzdWUiOiJpd2dpYS1ib29rLXRoZS1pbmRpZ2Vub3VzLXdvcmxkLTlwMjltZW5nliwiaWF0ljoXNjUxMTM5NTg1LCJleHAiOiJlE2NTEyMjU5ODV9.jRnv3PeantfRztJg4jph8xdshK5Mh25Z3hlcPs9As\\_U](https://www.iwgia.org/doclink/iwgia-book-the-indigenous-world-2022-eng/eyJ0eXAiOiJKV1QiLCJhbGciOiJIUzI1NiJ9.eyJzdWUiOiJpd2dpYS1ib29rLXRoZS1pbmRpZ2Vub3VzLXdvcmxkLTlwMjltZW5nliwiaWF0ljoXNjUxMTM5NTg1LCJleHAiOiJlE2NTEyMjU5ODV9.jRnv3PeantfRztJg4jph8xdshK5Mh25Z3hlcPs9As_U)

# WOMAN AND GIRLS

AMNESTY INTERNATIONAL – INTERNATIONAL SECRETARIAT

[www.amnesty.org](http://www.amnesty.org)

## DIE RECHTE VON INDIGENEN FRAUEN UND MÄDCHEN

### ZWEITE VORLAGE FÜR DEN UN-AUSSCHUSS FÜR DIE BESEITIGUNG DER DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN ALS ANTWORT AUF DEN ENTWURF DER ALLGEMEINEN EMPFEHLUNG DES AUSSCHUSSES

Amnesty International begrüßt die Gelegenheit, dem *Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen* (CEDAW) als Reaktion auf den Entwurf der Allgemeinen Empfehlung zu den Rechten indigener Frauen und Mädchen eine Rückmeldung zu geben.

Die nachstehenden Kommentare konzentrieren sich auf spezifische Fragen, von denen wir hoffen, dass der Ausschuss sie in dem endgültigen Dokument aufgreifen wird.

Wir sind der Ansicht, dass dieses Dokument einen entscheidenden Beitrag zur Klärung leisten wird, in der es um die Auslegung staatlicher Verpflichtungen zur Achtung, zum Schutz und zur Erfüllung der Rechte indigener Frauen und Mädchen geht.

Den Link zu der englischsprachigen Vorlage von Amnesty International finden Sie hier:

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/02/IOR4052042022ENGLISH.pdf>

# KANADA

## SOLIDARITÄT MIT DEN WET'SUWET'EN LANDVERTEIDIGER/-INNEN!

Im November-Rundbrief 2021 hatten wir über die erneuten Verhaftungen von über 30 Wet'suwet'en Landverteidiger/-innen auf ihrem traditionellen Land in der Provinz British Columbia berichtet. Ihr Protest richtet sich gegen den Bau der Coastal GasLink Pipeline (CGL) in ihrem Hoheitsgebiet, dem sie anders als andere Wet'suwet'en Gemeinschaften<sup>1</sup> niemals zugestimmt hatten. Ihnen wird vorgeworfen, gegen eine von Coastal GasLink, einer Tochtergesellschaft von TC Energy, erwirkte einstweilige Verfügung verstoßen zu haben, indem sie den Zugang zur Pipelinestraße blockierten.

Bei drei groß angelegten Polizeiaktionen im Januar 2019, Februar 2020 und November 2021 wurden insgesamt 75 Personen festgenommen und inhaftiert, darunter auch Rechtsbeobachter/-innen und Mitglieder der Medien.

Inzwischen wurde die Anklage gegen die beiden im November 2021 verhafteten Journalist/-innen, die über den Einsatz der *Royal Canadian Mountain Police* (RCMP) in dem Gebiet der Wet'suwet'en Nation berichteten, zurückgezogen.

Am 14. Februar 2022 fanden erste Anhörungen vor verschiedenen Gerichten in British Columbia statt. Die Landverteidiger/-innen und ihre Unterstützer/-innen hatten gehofft, im Verlauf des Gerichtstermins zu erfahren, ob das Unternehmen strafrechtliche Schritte gegen sie einleiten würde. Stattdessen beantragte Coastal GasLink eine einmonatige Vertagung.

Verstöße gegen eine Unterlassungsverfügung fallen unter das Zivilrecht und würden Coastal GasLink zwingen, selbstständig einen Prozess gegen die im November Verhafteten zu führen. Das Unternehmen könnte aber auch den Generalstaatsanwalt von British Columbia bitten, Strafanzeige zu erstatten, wodurch dann die Zuständigkeit auf die Staatsanwaltschaft von British Columbia übergehen würde.<sup>2</sup> In der Vergangenheit hat sie es abgelehnt, gegen die Wet'suwet'en-Landverteidiger/-innen juristisch vorzugehen.

Inzwischen hat Coastal GasLink den Generalstaatsanwalt von British Columbia gebeten, zu intervenieren und Strafanzeige wegen Missachtung der einstweiligen Verfügung gegen die Landverteidiger/-innen zu stellen.<sup>3</sup>

**Die Landverteidiger/-innen müssen sich in der Zwischenzeit an ihre Kautionsauflage halten, die es ihnen untersagt, das Gebiet der Wet'suwet'en bzw. den *Gidimt'en Yintah*-Zugang zu betreten oder sich an weiteren Protesten zu beteiligen.**

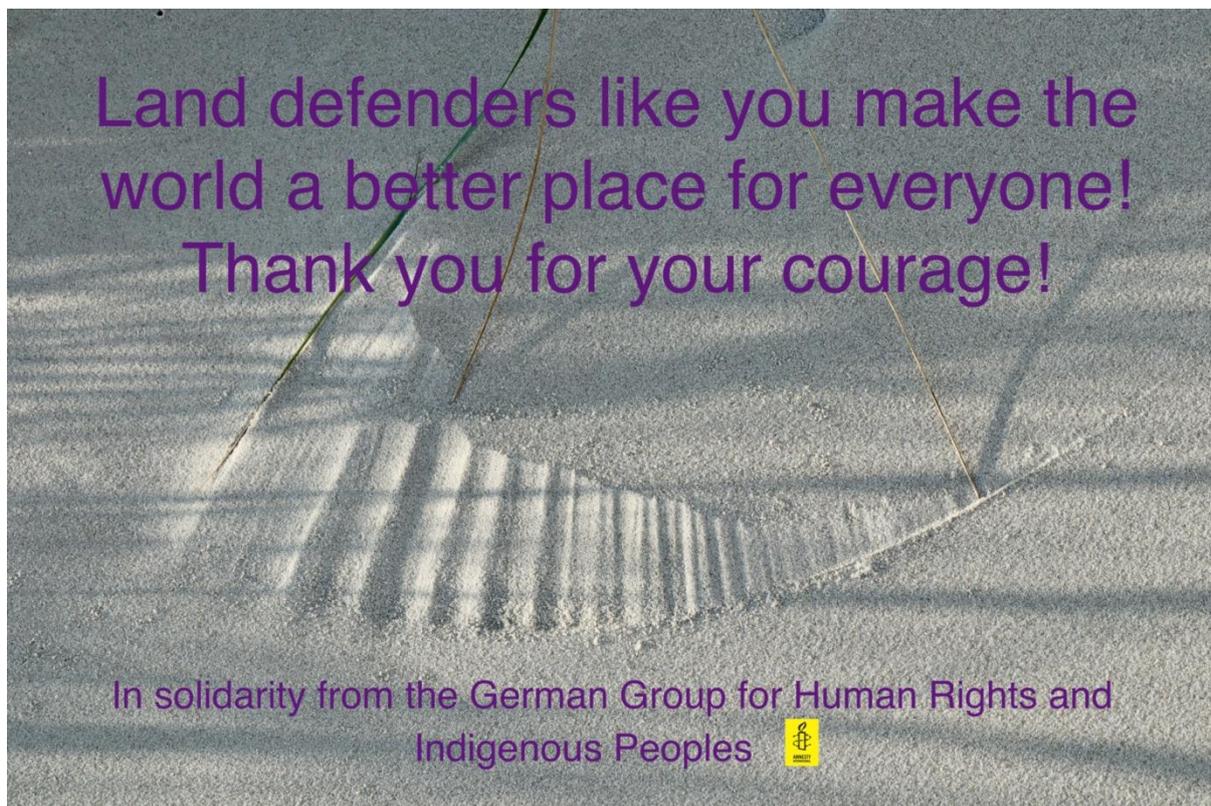
---

<sup>1</sup> Die im Gebiet der Wet'suwet'en lebenden Indigenen gehören zwar alle zum Volk der Wet'suwet'en Nation, aber ihre Rechte und Regierungsformen unterscheiden sich erheblich. Während die traditionell regierten Gemeinschaften den Pipelinebau aus Sorge um das Ökosystem und unter Berufung auf ihre Souveränitätsrechte (Supreme Court of Canada: Judgements: *Delgamuukw v. British Columbia*, 1997) sowie ihr Recht auf Konsultation (gemäß *UN-Deklaration über die Rechte der indigener Völker*) ablehnen, äußerten andere der im Verlauf des Projektkorridors nach dem „*Indian Act*“ lebenden Gemeinschaften ihre Zustimmung.

<sup>2</sup> Amanda Follett Hosgood, „RCMP Error Delays Court Hearing for Pipeline Protesters“, Feb 15, 2022, <https://theyee.ca/News/2022/02/15/RCMP-Error-Delays-Pipeline-Protest-Court-Hearing/>

<sup>3</sup> <https://www.yintahaccess.com/>

Nach Berichten von Sprecher/-innen der Gemeinschaft gegenüber Mitgliedern von Amnesty International haben Polizeibeamte (RCMP) und Sicherheitskräfte von Coastal GasLink seit Februar 2022 die Überwachung und Präsenz im Yintah-Territorium verstärkt. Sie betraten die Grundstücke von Bewohner/-innen des Coyote Camps und drohten ihnen mit Verhaftung und Anzeige wegen Behinderung, als sie aufgefordert wurden, das Gebiet zu verlassen. Amnesty International untersucht die Situation auch weiterhin.



© Marianne Kersten

Zum Auftakt der Anhörungen am 14. Februar 2022 erhielten die verhafteten Landverteidiger/-innen über 500 Grußbotschaften der Solidarität und Dankbarkeit von Unterstützer/-innen und Mitgliedern von Amnesty International.<sup>4</sup> An dieser Aktion beteiligte sich auch unsere Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker.

Des Weiteren wurden fast 11.000 Briefe an offizielle kanadische Stellen verschickt, in denen die Beendigung der Militarisierung und Kriminalisierung von Landverteidiger/-innen in ihrem Territorium angemahnt wurde. Im Rahmen einer Briefkampagne forderte Amnesty International u. a., die Empfehlungen des *UN-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung* (UN-CERD) zu respektieren, Polizei- und Sicherheitskräfte vom Land der Wet'suwet'en abzuziehen, die Genehmigungen für Megaprojekte wie das von Coastal GasLink auszusetzen und sich mit den erbrechtlich anerkannten Oberhäuptern der Wet'suwet'en Nation zusammzusetzen.

---

<sup>4</sup> Amnesty International Canada, "Wet'suwet'en Solidarity Call: Huge thanks for showing you care!", March 8, 2022, <https://www.amnesty.ca/blog/resource-development-in-canada/wetsuweten-solidarity-call-huge-thanks-for-showing-you-care/>

Am 29. April 2022 hat der UN-Ausschuss erneut in einem besorgten Brief an die kanadische Regierung auf die andauernde Gewaltanwendung, Überwachung und Kriminalisierung von Landverteidiger/-innen der Wet'suwet'en und Secwepemc Nation hingewiesen, spricht von Einschüchterung und Vertreibung von traditionellem Land und über Kanadas Versäumnis, zu konsultieren und zu verhandeln.<sup>5</sup>

Hier finden Sie eine englischsprachige Online-Petition sowie Informationen und ein Video über das Eindringen der Polizei in das Gidimt'en Camp:

**Sign the Action >>** Sagen Sie Kanada, dass Sie die *Hereditary Chiefs* unterstützen und fordern Sie Premier John Horgan von British Columbia auf, die Rechte der Indigenen in dem Territorium der Wet'suwet'en zu respektieren.

Amnesty International Canada, "Ongoing call for solidarity with Wet'suwet'en defenders", April 20, 2022, <https://www.amnesty.ca/blog/ongoing-call-for-solidarity-with-wetsuweten-defenders/>

-----

## **„MILITARIZATION OF WET'SUWET'EN LANDS AND CANADA'S ONGOING VIOLATIONS" – VORLAGE FÜR DEN EXPERTENMECHANISMUS FÜR DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER**

Amnesty International Kanada unterstützte am 7. Februar 2022 die Eingabe der Gidimt'en-Landverteidiger/-innen<sup>6</sup> an den *Expertenmechanismus für die Rechte Indigener Völker des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen*. Es geht darin um das Thema: „Militarisierung des Wet'suwet'en-Landes und Kanadas andauernde Verletzungen".

Die Vorlage wurde von führenden indigenen Vertreter/-innen, Wissenschaftler/-innen, Jurist/-innen und Menschenrechtsexpert/-innen gemeinsam verfasst und von über 24 indigenen Organisationen, politischen Projekten, Netzwerken und Amnesty International Kanada unterstützt.

### **HINTERGRUND:**

Der *Expertenmechanismus* stellt dem Menschenrechtsrat Fachwissen und Beratung zu den Rechten indigener Völker zur Verfügung. Außerdem führt er Studien durch, um den Schutz der Rechte indigener Völker zu fördern.

Vor Kurzem hat er einen Aufruf veröffentlicht, in dem es darum ging, Beiträge zur Militarisierung indigener Gebiete einzureichen, die dann in einem Bericht an den Menschenrechtsrat berücksichtigt werden sollen.

---

<sup>5</sup> Empfehlungen des UN-Ausschusses (UN-CERD) an die kanadische Regierung, 20. April 2022  
[https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/CAN/INT\\_CERD\\_ALE\\_CAN\\_9554\\_E.pdf](https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/CAN/INT_CERD_ALE_CAN_9554_E.pdf)

<sup>6</sup> Clan der traditionell regierten Wet'suwet'en Nation

In der Studie werden u. a. folgende Fragen untersucht:

- Welche Formen der Militarisierung indigener Gebiete gibt es weltweit?
- Welche Bedingungen, welche potenziellen Konflikte führen zu einer Militarisierung auf indigenem Land?
- Welche internationalen und nationalen Rechte dienen friedlichen Lösungen von Konflikten? Wie kann ein konstruktiver Dialog zwischen Staaten und indigenen Völkern gefördert werden?

In Artikel 30 Absatz 1 der *UN-Erklärung über die Rechte der Indigenen Völker* (UNDRIP) heißt es: „Militärische Aktivitäten dürfen nicht auf dem Land oder in den Gebieten indigener Völker stattfinden, es sei denn, sie sind aufgrund eines erheblichen öffentlichen Interesses gerechtfertigt oder aber mit den betroffenen indigenen Völkern frei vereinbart oder von ihnen gefordert“.<sup>7</sup>

### **GIDIMT'EN HEREDITARY CHIEFS VERWEISEN AUF MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN KANADA**

In ihrer Vorlage für den Expertenmechanismus heißt es dazu: Die nationale Polizei (RCMP) durchbrach Checkpoints, war mit militärischen Angriffswaffen, Hubschraubern und Hundeeinheiten ausgerüstet, drang zusammen mit Sicherheitskräften von Coastal GasLink in Häuser ein und entweihte zeremonielle Räume. Unter Verletzung von Artikel 26 der UNDRIP richtete die RCMP außerdem rechtswidrige Sperrzonen in dem Gebiet der Wet'suwet'en ein, blockierte die Bewegung und den Zugang von Mitgliedern der Gemeinschaft, der Medien, von Rechtsbeobachter/-innen und die Zufuhr von Lebensmitteln und Medikamenten.

Die *Hereditary Chiefs* der Gidimt'en Nation dokumentieren des Weiteren die Art und Weise, wie Kanada – entgegen internationalen Menschenrechtsverpflichtungen – die Rechte der traditionellen Wet'suwet'en-Gemeinschaften in Bezug auf

- ihr traditionelles Territorium (Artikel 26),
- ihr Leben, ihre Freiheit und Sicherheit (Artikel 7),
- die Verwaltung ihrer Territorien und ihr Recht auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ (Artikel 19, 32),
- den Schutz und die Erhaltung ihres Landes (Artikel 29),
- das Recht, nicht gewaltsam von ihrem Land und ihren Territorien vertrieben zu werden (Artikel 10), und schließlich
- die Bestimmung ihrer eigenen Entwicklungsprioritäten (Artikel 23) verletzt.<sup>8</sup>

Sie untersuchen die Auswirkungen der Industrialisierung auf die Sicherheit von indigenen Frauen, Mädchen und divers geschlechtlichen Menschen sowie die Art und Weise, in der Energieprojekte – wie der Bau und Betrieb einer Pipeline für fossile Brennstoffe – zu verstärkter geschlechtsspezifischer Gewalt führen.

---

<sup>7</sup> Amnesty International Canada, “Submission to the Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples on the Militarization of Indigenous Lands”, February 10, 2022, <https://www.amnesty.ca/uncategorized/submission-to-the-expert-mechanism-on-the-rights-of-indigenous-peoples-on-the-militarization-of-indigenous-lands/>

<sup>8</sup> ebd.

Die Eingabe schließt mit der Forderung, dass die kanadische Regierung in Ottawa und die Provinzregierung von British Columbia die Polizei (RCMP) und die dazugehörigen Sicherheitskräfte aus dem Gebiet abziehen müssen, der Bau gestoppt wird und alle Genehmigungen im Zusammenhang mit dem Pipeline-Projekt von Coastal GasLink ausgesetzt werden.

Außerdem werden die zuständigen UN-Gremien dringend aufgefordert, das Gebiet zu besuchen.

Der *Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker* wird seinen Bericht zur Militarisierung indigener Gebiete während seiner jährlichen Sitzung im Juli 2022 vorstellen. Im September 2022 wird der Abschlussbericht dann dem Menschenrechtsrat auf seiner einundfünfzigsten Sitzung vorgelegt.<sup>9</sup>

Hier finden Sie den englischsprachigen Link: „Submission by Gidimt'en Land Defenders, Wet'suwet'en Nation“:

<https://static1.squarespace.com/static/5c51ebf73e2d0957ca117eb5/t/620058664c6ee459921ddd70/1644189799141/Expert+Mechanism+on+the+Rights+of+Indigenous+Peoples+Wet%27suwet%27en+Submission+Jan+2022.pdf>

-----

## **PREMIERE IN BRITISH COLUMBIA – 89-PUNKTE-PLAN ZUR IMPLEMENTIERUNG DER UN-ERKLÄRUNG ÜBER DIE RECHTE DER INDIGENEN VÖLKER**

Während die Wet'suwet'en Landverteidiger/-innen für ihre Selbstbestimmungsrechte und gegen den Pipelinebau kämpfen, hat die Regierung von British Columbia zusammen mit verschiedenen indigenen Organisationen am 30. März 2022 einen Aktionsplan<sup>10</sup> zur Umsetzung der *UN-Erklärung über die Rechte der Indigenen Völker* veröffentlicht und damit auch des Rechts auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ zu Industrieprojekten auf indigenem Land.

Bereits im Dezember 2019 hatte das Parlament von British Columbia einstimmig als erste Gerichtsbarkeit in Nordamerika die UN-Erklärung angenommen.

Der Aktionsplan ist auf 5 Jahre angelegt, gilt von 2022–2027, umfasst 89 Punkte und enthält Ziele, Maßnahmen und Aktionen. Die Ziele und Ergebnisse entsprechen der UN-Erklärung und beschreiben, was die Provinz mit diesem anstrebt und was erreicht werden soll.

---

<sup>9</sup> Amnesty International Canada, “Submission to the Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples on the Militarization of Indigenous Lands”, February 10, 2022, <https://www.amnesty.ca/uncategorized/submission-to-the-expert-mechanism-on-the-rights-of-indigenous-peoples-on-the-militarization-of-indigenous-lands/>

<sup>10</sup> Declaration on the Rights of Indigenous Peoples Act Action Plan 2022-2027 [https://www2.gov.bc.ca/assets/gov/government/ministries-organizations/ministries/indigenous-relations-reconciliation/declaration\\_act\\_action\\_plan.pdf](https://www2.gov.bc.ca/assets/gov/government/ministries-organizations/ministries/indigenous-relations-reconciliation/declaration_act_action_plan.pdf)

Zu den Maßnahmen, die British Columbia in Zusammenarbeit mit indigenen Gemeinschaften umsetzen will, gehören:

- Anerkennung der Selbstbestimmung und des angeborenen Rechts auf Selbstverwaltung,
- Titel und Rechte indigener Völker,
- Beendigung von spezifischem Rassismus und Diskriminierung gegenüber Indigenen (z. B. im Gesundheits-, Justiz-, Polizei- und Bildungswesen [Anm. der Verfasserin des Beitrags]),
- Bestimmung und Umsetzung des Rechts auf soziales, kulturelles und wirtschaftliches Wohlergehen.

Die Fortschritte sollen jährlich überprüft und in einem Jahresbericht veröffentlicht werden, der in Absprache und Zusammenarbeit mit indigenen Völkern erstellt und der Legislative von British Columbia bis zum 30. Juni jedes Jahres vorzulegen ist.

Wie „CBC News“ am 30. März 2022 berichtete,<sup>11</sup> sind die Reaktionen Indigener auf diesen von Premier John Horgan als historisch eingestuftem Aktionsplan unterschiedlich. So sagte Chief Jerry Jock von der *B.C. Assembly of First Nations*:

*„Das Dokument zeigt einen Weg zu einer erneuerten Beziehung mit der Regierung und zur Versöhnung auf.“*

*„Ich empfehle diese bedeutenden Bemühungen.“*

*„Was [indigene Völker] durchgemacht haben, ist eine Sache von mehreren Generationen. Ich habe in den 1970er Jahren mit meinem Vater an Blockaden teilgenommen und für unsere Rechte gekämpft. Ich möchte nicht, dass meine Enkelkinder immer noch für unsere Rechte und unser Land kämpfen müssen“.<sup>12</sup>*

Kritischer äußerte sich der grüne Abgeordnete Adam Olsen, Mitglied der *Tsartlip First Nation*:

*„Dieser Plan umreißt Ziele für die Versöhnung, aber nicht die Maßstäbe, um sie zu erreichen.“*

*„Der Maßstab für den Erfolg ist nicht, was wir hören, sondern was wir sehen.“<sup>13</sup>*

Premier John Horgan verwies bei der Präsentation darauf, dass der Aktionsplan für jede Regierung der Welt eine Premiere ist und bezeichnete ihn als Fahrplan, *„um etwas zu tun, was nie zuvor auf dem Planeten Erde getan wurde. ... Er wird die Beziehungen zu den indigenen Völkern grundlegend verändern und uns helfen, eine bessere Zukunft für alle zu schaffen“.<sup>14</sup>*

Er gab aber auch zu: *„Wir haben noch einen langen Weg vor uns.“<sup>15</sup>*

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und Indigene Völker

---

<sup>11</sup> Karin Larsen, „B.C. reveals 89-point action plan to advance the rights of Indigenous Peoples“, March 30, 2022, <https://www.cbc.ca/news/canada/british-columbia/action-plan-indigenous-peoples-rights-b-c-1.6402426>

<sup>12</sup> ebd.

<sup>13</sup> ebd.

<sup>14</sup> ebd.

<sup>15</sup> Vaughn Palmer, „Aspirational elements of NDP UNDRIP plan will take decades“, March 30, 2022, <https://vancouver.sun.com/opinion/columnists/vaughn-palmer-aspirational-elements-of-ndp-undrip-plan-will-take-decades>

# USA

AMNESTY INTERNATIONAL – AKTUELL – VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA – 17. MAI 2022

## SEXUALISIERTE GEWALT AN INDIGENEN FRAUEN NIMMT EPIDEMISCHE AUSMASSE AN

**In den USA sind indigene Frauen in hohem Maße sexualisierter Gewalt ausgesetzt, ohne dass die Überlebenden eine Möglichkeit haben, Gerechtigkeit zu erlangen. Ein neuer Amnesty-Bericht legt offen, wie die US-Regierung darin versagt, indigene Frauen vor Gewalt und Missbrauch zu schützen.**

Die US-Regierung verstößt weiterhin gegen ihre Verpflichtungen zur Wahrung der Menschenrechte indigener Frauen. Die sexualisierte Gewalt gegen sie hat sowohl in Alaska als auch im US-amerikanischen Kernland epidemische Ausmaße erreicht. Der englischsprachige Bericht „*The never-ending maze: Continued failure to protect Indigenous women from sexual violence in the USA*“ zeigt, wie die Politik der US-Regierung die Fälle sexualisierter Gewalt gegen indigene Frauen in die Höhe treibt: Sie untergräbt weiter die Autorität indigener Selbstverwaltungsbehörden, indigene Gesundheitsdienste und Strafverfolgungsbehörden sind chronisch unterfinanziert und die Rechtsprechung ist absichtlich kompliziert gestaltet.

Für Überlebende sexualisierter Gewalt ist es nahezu unmöglich, Gerechtigkeit zu erlangen. Bereits 2007 hatte Amnesty International USA in einem Bericht darauf hingewiesen, dass indigenen Frauen oftmals das Recht auf Gerechtigkeit und das Recht auf Freiheit vor Gewalt verwehrt werden. Auch 15 Jahre später haben vereinzelte Gegenmaßnahmen kaum etwas an der erschreckend hohen Rate sexualisierter Gewalt geändert.

„Das Versagen der US-Regierung, indigene Frauen vor diesem Ausmaß sexualisierter Gewalt zu schützen, beruht auf einem beschämenden Erbe von tief verwurzelter Marginalisierung, Missbrauch und Verfolgung“, sagte Tarah Demant, Interimsdirektorin für programmatische Arbeit, Lobby-Arbeit und Regierungsangelegenheiten bei der US-Sektion von Amnesty International. „Die indigenen Frauen können nicht länger auf Gerechtigkeit warten. Die US-Regierung muss die notwendigen Ressourcen und den politischen Willen mobilisieren, um dieses kaputte System zu reparieren.“

Die mangelnde Erfüllung der menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber indigenen Frauen durch die USA ist durch ein Erbe weit verbreiteter und ungeheurer Menschenrechtsverletzungen an der indigenen Bevölkerung begründet und bedingt. Diese sind aufgrund einer langen Geschichte systematischer und allgegenwärtiger Misshandlung und Verfolgung einer tief verwurzelten Marginalisierung ausgesetzt. Sexualisierte Gewalt gegen indigene Frauen ist kein neues Phänomen. Seit der europäischen Kolonisierung bis heute sind indigene Frauen in hohem Maße von Gewalt betroffen. Diese Gewalt ist nicht auf eine weit zurückliegende Geschichte beschränkt. Die hohen Raten von Gewalt gegen indigene Frauen, die durch den Siedlerkolonialismus genährt werden, bestehen fort.

Daten der US-Regierung belegen, dass mehr als die Hälfte der indigenen Frauen in Alaska und im US-Kernland sexualisierte Gewalt erlebt haben – das übertrifft den nationalen Durchschnitt um mehr als das Doppelte. Tatsächlich könnten die Zahlen der Fälle von sexualisierter Gewalt sogar noch höher liegen, doch da die US-Regierung keine angemessenen und einheitlichen Daten über Gewalttaten an indigenen Frauen erhebt, ist das nicht belegbar.

Bei den Erhebungen bleiben oft relevante Faktoren unklar, beispielsweise die Frage, ob die Betroffene und/oder der Beschuldigte Angehörige einer staatlich anerkannten ethnischen Gruppe sind oder ob die Straftat auf den Gebieten der indigenen Bevölkerungen begangen wurde. Solche Unschärfen führen aufgrund unklarer Zuständigkeiten häufig zu erheblichen Verzögerungen bei den zu treffenden Maßnahmen, und die Betroffenen landen in einem ausweglos erscheinenden Labyrinth.

Die bestehende Unklarheit und Unsicherheit bei Polizei, Rechtsbeiständen und Gerichten geht so weit, dass letztendlich niemand tätig wird und den Überlebenden sexualisierter Gewalt der Zugang zur Justiz verwehrt bleibt. Darüber hinaus wirkt sich die Geschichte der systematischen Diskriminierung und Voreingenommenheit gegenüber der indigenen Bevölkerung in den USA negativ auf das Vertrauensverhältnis zwischen den indigenen Gemeinschaften und den Strafverfolgungsbehörden aus. Viele Überlebende zeigen ihren Missbrauch gar nicht an. Außerdem sind angemessene und rechtzeitige gerichtsmedizinische Untersuchungen im Falle eines sexualisierten Übergriffs bei weitem nicht garantiert. So wird die zuständige Behörde des Indian Health Service durch die US-Regierung nicht ausreichend finanziert, und die Gesundheitseinrichtungen sind unterbesetzt.

Amnesty International fordert die US-Regierung auf, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die sexualisierte Gewalt gegen indigene Frauen zu beenden. Dazu gehört die vollständige Wiederherstellung der indigenen Gerichtsbarkeit über Verbrechen, die in ihren Gebieten begangen werden. Außerdem müssen die entsprechenden Bundesmittel aufgestockt werden, um sicherzustellen, dass Strafverfolgung und Gerichtsverfahren zu Gerechtigkeit führen. Die US-Regierung muss außerdem dafür sorgen, dass die indigenen Gemeinschaften über angemessene Mittel und Ressourcen verfügen, um die Strafverfolgung, die Gesundheitsversorgung und die Datenerhebung zu sexualisierter Gewalt gegen indigene Frauen sicherstellen zu können.

Dies ist der Link zum ausführlichen englischsprachigen Amnesty-Bericht:

<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-05/Amnesty-Bericht-USA-Sexualisierte-Gewalt-an-indigenen-Frauen-Mai-2022.pdf>

# FREILASSUNG DES MENSCHRECHTS- VERTEIDIGERS UND UMWELTANWALTS STEVEN DONZIGER NACH FAST 1.000 TAGEN WILLKÜRLICHER INHAFTIERUNG

Als Reaktion auf die Freilassung von Steven Donziger am 25. April 2022 sagte Daniel Joloy, leitender politischer Berater von Amnesty International:

„Wir sind erleichtert, dass Steven Donziger nach fast 1.000 Tagen willkürlicher Inhaftierung, darunter 45 Tage im Gefängnis und über 900 Tage unter Hausarrest, endlich frei ist.“<sup>1</sup>

**„Er hätte niemals auch nur einen Tag inhaftiert werden dürfen, denn es war klar, dass das gesamte Verfahren gegen ihn eine Vergeltungsmaßnahme für seine Menschenrechtsarbeit war, die Vergehen von Unternehmen aufgedeckt hat.“<sup>2</sup>**

Leider bedeutet das Ende dieses Urteils nicht das Ende der Ungerechtigkeiten, denen Steven Donziger ausgesetzt war. Die US-Regierung muss die Entscheidung der *UN-Working Group on Arbitrary Detention* (WGAD [UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen]) vollständig umsetzen, einschließlich der Einleitung einer unparteiischen und unabhängigen Untersuchung der Umstände, die zu Steven Donzingers willkürlicher Inhaftierung geführt haben. Nur so kann verhindert werden, dass so etwas noch einmal passiert. Es müssen zügig Anti-SLAPP-Gesetze<sup>3</sup> erlassen werden, um diejenigen zu schützen, die mutig genug sind, Verbrechen von Unternehmen anzuprangern. Es darf nicht zugelassen werden, dass Unternehmen das US-Justizsystem weiterhin missbrauchen, um Menschenrechtsaktivist/-innen oder andere Personen, die ihr Fehlverhalten aufdecken, zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern, so Daniel Joloy von Amnesty International.<sup>4</sup>

Noch Mitte März 2022 schlossen sich über 100 Menschenrechts- und Umweltorganisationen aus der ganzen Welt Amnesty International, Greenpeace USA, Amazon Watch, Global Witness, Rainforest Action Network, HEDA Resource Center, ReCommon und der Pachamama Alliance an, um Präsident Biden aufzufordern, Steven Donziger zu begnadigen, um seine sofortige Freilassung sicherzustellen.<sup>5</sup>

Auch das Urgent-Action-Netzwerk von Amnesty International hatte weltweit massiv mobilisiert. Die Appellschreiben an die Verantwortlichen waren so zahlreich, dass zwei E-Mail-Postfächer überfüllt waren.

---

<sup>1</sup> Amnesty International, „USA: After almost 1,000 days of arbitrary detention, Steven Donziger’s release highlights the urgent need for action against SLAPPs“, April 28, 2022, <https://www.amnesty.ca/news/usa-after-almost-1000-days-of-arbitrary-detention-steven-donzigers-release-highlights-the-urgent-need-for-action-against-slapps/>

<sup>2</sup> ebd.

<sup>3</sup> SLAPP: „Strategic Lawsuits against Public Participation“. Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung sind Gerichtsverfahren, die mit der Absicht angestrengt oder angedroht werden, die Öffentlichkeit zum Schweigen zu bringen. Sie richten sich häufig gegen Journalist/-innen, Menschenrechtsverteidiger/-innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Aktivist/-innen, Akademiker/-innen und andere kritische Stimmen, um sie abzuschrecken und Kritik zu unterbinden. Ziel ist es, sie einzuschüchtern, zu ermüden und die finanziellen und psychologischen Ressourcen der Zielpersonen zu erschöpfen.

<sup>4</sup> <https://www.amnesty.ca/news/usa-after-almost-1000-days-of-arbitrary-detention-steven-donzigers-release-highlights-the-urgent-need-for-action-against-slapps/>

<sup>5</sup> Amnesty International, „USA: Over 100 environmental and human rights organizations join Amnesty International’s call for Biden to pardon Steven Donziger“, March 15, 2022, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/03/organizations-call-biden-pardon-steven-donziger/>

Steven Donziger ist für die Unterstützung und all die Solidaritätsbriefe, die er erhalten hat, unglaublich dankbar.

### ZUM HINTERGRUND

(Auszüge aus der Urgent Action: USA Umweltschutzwahl unter Hausarrest, 15. Dezember 2021)<sup>6</sup>

„Steven Donziger begann seine Arbeit für Umweltgerechtigkeit 1993, als er nach Ecuador reiste und Teil des juristischen Teams wurde, das die Betroffenen von Ölverklappungen in einem symbolträchtigen Fall gegen den Chevron-Konzern vertrat. Dem Unternehmen wurde vorgeworfen, für eine der schlimmsten ölbedingten Umweltkatastrophen der Gegenwartsgeschichte verantwortlich zu sein.“

2011 befand ein Gericht in Ecuador nach jahrelangen Gerichtsverfahren, dass der Chevron-Konzern für die schwerwiegenden Umwelt- und Gesundheitsschäden im Amazonas-Regenwald und in den dort lebenden Gemeinden verantwortlich ist. Das Gericht stellte fest, dass der Konzern absichtlich Milliarden Liter Ölabfälle auf das Land der Indigenen geleitet hatte, um Kosten zu sparen, und verurteilte ihn zur Zahlung von Schadenersatz in Milliardenhöhe.

Nachdem Chevron den Prozess in Ecuador verloren hatte, verlagerte das Unternehmen sein gesamtes Vermögen ins Ausland, um Schadenersatzzahlungen zu vermeiden. Außerdem drohte Chevron den ecuadorianischen Betroffenen mit einem „lebenslangen Rechtsstreit“, falls sie ihre Klage nicht fallen ließen. Chevron reichte dann in den USA eine Klage gegen alle in der Ecuador-Klage genannten Kläger/-innen sowie gegen Steven Donziger und andere Rechtsbeistände, NGOs und eine Reihe von Expert/-innen ein, die ihren Fall unterstützt hatten.

„Im September 2021 stellte die *„UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen“* fest, dass der Freiheitsentzug von Steven Donziger willkürlich ist, weil ihm die Rechtsgrundlage fehlt und er gegen mehrere Standards im Zusammenhang mit dem Recht auf ein faires Verfahren verstößt. So sind die Gerichte, vor denen sein Fall verhandelt wird, offensichtlich nicht unparteiisch. Darüber hinaus kam die Arbeitsgruppe zu dem Schluss, dass seine Inhaftierung offenbar eine Vergeltungsmaßnahme für seine Arbeit als Rechtsbeistand für indigene Gemeinschaften in Ecuador ist.“

„Er stand für mehr als zwei Jahre unter Hausarrest, nachdem er sich geweigert hatte, einer gerichtlichen Anordnung zur Herausgabe seiner elektronischen Geräte nachzukommen. Er hatte argumentiert, dass eine solche Offenlegung das Anwaltsgeheimnis gefährden und seine Mandant/-innen in Gefahr bringen könnte. Der Haftstrafe ging eine langjährige Verleumdungskampagne von Chevron gegen Steven Donziger und andere Menschenrechtsverteidiger/-innen voraus.“

„Trotz schwerwiegender Bedenken hinsichtlich der mangelnden Unabhängigkeit, Objektivität und Unparteilichkeit der zuständigen Richterin wurde Steven Donziger am 1. Oktober 2021 zu der Höchststrafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt.“

**Am 27. Oktober 2021 trat er seine Haftstrafe an und stand dann vom 9. Dezember bis zu seiner Freilassung am 25. März 2022 wieder unter Hausarrest.**

Übersetzt und zusammengestellt von Marianne Kersten  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

-----

---

<sup>6</sup> Amnesty International, Urgent Action: „USA Umweltschutzwahl unter Hausarrest“, 15. Dezember 2021, <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/usa-steven-donziger-umweltschutzwahl-unter-hausarrest-2021-12-16>

## URGENT ACTION

**BEGNADIGEN SIE LEONARD PELTIER!****LEONARD PELTIER**

Der indigene Aktivist Leonard Peltier befindet sich seit 45 Jahren in Haft, einige Jahre davon in Einzelhaft. Der 77-Jährige hat sich mit Covid-19 infiziert. Angesichts seines Alters und einer Reihe chronischer Vorerkrankungen ist sein Leben in Gefahr. Er verbüßt zwei lebenslange Haftstrafen wegen Mordes, obwohl Zweifel daran bestehen, dass sein Gerichtsverfahren den internationalen Standards für faire Verfahren entsprochen hat. Er hat außerdem stets seine Unschuld beteuert. Amnesty International drängt aus diesen Gründen darauf, dass Präsident Biden dem seit Juli 2021 anhängigen Gnadengesuch zustimmt und Leonard Peltier aus humanitären Gründen freigelassen wird.

Leonard Peltier ist Mitglied des American Indian Movement (AIM), einer Initiative, die sich für die Rechte der nordamerikanischen indigenen Bevölkerung einsetzt. 1975 kam es zu Zusammenstößen zwischen dem FBI und Mitgliedern des AIM. Dabei wurden zwei FBI-Agenten getötet. Leonard Peltier wurde der Ermordung der beiden Männer für schuldig befunden, hat aber immer bestritten, die Agenten getötet zu haben.

Die Nachricht, dass der 77-jährige indigene Aktivist Leonard Peltier im Bundesgefängnis an Covid-19 erkrankt ist, hat die Sorge um sein Wohlergehen in Anbetracht seines Alters und seiner schweren gesundheitlichen Probleme sehr verstärkt. Er leidet u. a. an Diabetes, Nieren- und Herzerkrankungen.

Präsident Biden liegt ein Gnadengesuch von Leonard Peltier vor, in dem er um die Umwandlung seiner Strafe bittet. Viele haben im Laufe der Jahre seine Freilassung aus humanitären Gründen gefordert, darunter der National Congress of American Indians und mehrere Nobelpreisträger, darunter der verstorbene Erzbischof Desmond Tutu. Vor kurzem hat der Vorsitzende des Senatsausschusses für indigene Angelegenheiten, Senator Brian Schatz, Präsident Biden dringend gebeten, Leonard Peltier Gnade zu gewähren – im Einklang mit der Verpflichtung seiner Regierung, „vergangenes Unrecht“ im Strafrechtssystem wiedergutzumachen.

Es bestehen ernsthafte Zweifel daran, dass das Gerichtsverfahren, das 1977 mit der Verurteilung von Leonard Peltier endete, seriös geführt wurde und den internationalen Standards für faire Verfahren entsprach. Angesichts dieser Bedenken hat sich der ehemalige Bundesstaatsanwalt, der nach dem Prozess das Team der Anklagebehörde beaufsichtigte, inzwischen für eine Begnadigung ausgesprochen.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Zwei Richter\_innen des Obersten Gerichtshofs der USA stellten 2020 fest, dass im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie „Insass\_innen überall gefährdet sind und sie oft keine Möglichkeit haben, sich vor einer Infektion zu schützen“. Im Januar 2021 wies ein\_e Bundesrichter\_in in Washington, DC, darauf hin, dass „Gefängnisinsass\_innen bei der Verbreitung des Coronavirus zu den am meisten gefährdeten Gruppen gehören“. Leonard Peltier befindet sich in dem Bundesgefängnis Coleman I in Florida. Er berichtet, dass er sich während der Corona-Pandemie durch die langen Lockdowns und das Fehlen einer Impfstoffauffrischung stark isoliert fühlte und um seine Gesundheit fürchtete. Am 13. Januar 2022 wandten sich seine Anwält\_innen erneut an die Gefängnisleitung von Coleman I und baten sie um eine Empfehlung für Leonard Peltiers Freilassung. Diese Bitte hat ihrer Meinung nach durch den Ausbruch und die Verbreitung von Covid-19 im gesamten Gefängniskomplex „erhöhte Dringlichkeit“, da diese Krankheit „potenziell tödliche Folgen für jemanden in Herrn Peltiers Alter und Gesundheitszustand hat“. Leonard Peltier wurde am 28. Januar positiv auf Covid-19 getestet und kam für zehn Tage in Quarantäne.

Leonard Peltier ist ein Angehöriger der indigenen Anishinabe-Lakota und war ein Mitglied des American Indian Movement (AIM), einer Initiative, die sich für die Rechte der nordamerikanischen indigenen Bevölkerung einsetzt. Am 26. Juni 1975 kam es im Pine-Ridge-Reservat in South Dakota zu Zusammenstößen zwischen dem FBI und Mitgliedern des AIM. Dabei wurden zwei FBI-Agenten erschossen. Leonard Peltier wurde 1977 für die Morde an ihnen zu zwei lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Leonard Peltier wurde der Ermordung der beiden Männer für schuldig befunden, hat aber immer bestritten, die Agenten getötet zu haben.

Eine wichtige mutmaßliche Augenzeugin war Myrtle Poor Bear aus Pine Ridge, eine Angehörige der Lakota. Sie hatte zunächst ausgesagt, gesehen zu haben, wie Leonard Peltier die beiden Männer tötete. Auf Grundlage ihrer Zeugenaussage wurde er aus seinem Zufluchtsort in Kanada an die USA ausgeliefert. Myrtle Poor Bear hat diese Aussage jedoch später zurückgezogen. Sie war bei der Gerichtsverhandlung nicht als Zeugin der Staatsanwaltschaft geladen, durfte aber dennoch nicht für die Verteidigung aussagen. Das Gericht begründete die Ablehnung der Zeugin damit, dass ihre Aussage „im höchsten Maße nachteilig für die Regierung sein könnte“. Im Jahr 2000 gab Myrtle Poor Bear eine öffentliche Erklärung ab, in der sie sagte, dass ihre ursprüngliche Aussage das Ergebnis monatelanger Drohungen und Drangsalierung durch Angehörige des FBI gewesen sei.

1980 erhielten die Rechtsbeistände von Leonard Peltier Einsicht in Dokumente mit ballistischem Beweismaterial, das für die Verteidigung möglicherweise hilfreich gewesen wäre, zum Zeitpunkt des Verfahrens jedoch unter Verschluss gehalten wurde. 1986 verwehrte ein US-Berufungsgericht (Court of Appeal for the Eighth Circuit) Leonard Peltier ein Wiederaufnahmeverfahren und sagte: „Wir erkennen an, dass in der Akte Beweise dafür vorliegen, dass das Verhalten einiger Angehöriger des FBI nicht korrekt war, aber wir lehnen es ab, ihnen noch weiteres Fehlverhalten zu unterstellen.“

Leonard Peltier wird erst 2024 wieder für eine Anhörung für die Entlassung auf Bewährung infrage kommen. Eine Haftentlassung auf Bewährung wurde stets abgelehnt. Grund dafür sei, dass Leonard Peltier nicht die strafrechtliche Verantwortung für die Morde an den beiden FBI-Agenten übernommen habe. Und dies, obwohl der Ausschuss gegenüber Leonard Peltier sagte, dass „die Anklagevertretung eingeräumt hat, dass es keinen direkten Beweis für Ihre persönliche Beteiligung an der Tötung von zwei FBI-Agenten gibt“. In einem Brief an Präsident Biden im Juli 2021 forderte James H. Reynolds, der US-Staatsanwalt, dessen Büro die Strafverfolgung und Berufung von Leonard Peltier leitete, den Präsidenten auf, die Strafe eines Mannes umzuwandeln, „den auch ich hinter Gitter gebracht habe“. Er sagte, dass Leonard Peltiers „Verurteilung und fortgesetzte Inhaftierung ein Zeugnis für eine Zeit und ein Rechtssystem ist, das in unserer Gesellschaft keinen Platz mehr hat“. Er forderte den Präsidenten auf, „in der Geschichte der Beziehungen der Regierung zu Menschen der First Nation einen neuen Weg einzuschlagen, indem er Gnade und nicht länger Gleichgültigkeit zeigt“.

Leonard Peltier hat mehrere gesundheitliche Probleme wie Nierenerkrankungen, Typ-2-Diabetes, Bluthochdruck, ein Herzleiden und eine degenerative Gelenkerkrankung. Zudem leidet er unter ständiger Kurzatmigkeit und Schwindelgefühlen. Seit einem Schlaganfall im Jahr 1986 ist er auf einem Auge praktisch blind. Im Januar 2016 wurde bei ihm ein großes Aneurysma an der Bauchaorta diagnostiziert, das jederzeit reißen und zum Tod führen könnte.

Leonard Peltier wurde im Januar 2009 von Präsident George W. Bush und im Januar 2017 von Präsident Barack Obama die Begnadigung verweigert. Sein Rechtsbeistand reichte im Juli 2021 bei Präsident Joe Biden ein neues Gnadengesuch ein. Über dieses Gesuch wurde noch nicht entschieden. Am 26. Januar 2022 schrieb der Vorsitzende des Senatsausschusses für indigene Angelegenheiten, Senator Brian Schatz, an den Präsidenten und forderte ihn auf, die Strafe von Leonard Peltier umzuwandeln, und zwar aufgrund „(1) seines hohen Alters und seiner schweren Krankheit, (2) der bereits verbüßten Haftzeit und (3) der Tatsache, dass keine anderen Rechtsmittel zur Verfügung stehen.“ Senator Schatz lobte das Engagement der Regierung Biden, „vergangenes Unrecht in unserem Strafrechtssystem zu korrigieren“ und forderte im Zuge dieser Bemühungen um „ein faires und verfassungskonformes Justizsystem“ die Umwandlung von Leonard Peltiers Strafe. Im Oktober 2021 forderten elf Mitglieder des US-Kongresses Präsident Biden auf, Leonard Peltier freizulassen. Im November 2021 sprach sich auch Senator Patrick Leahy für die Freilassung von Leonard Peltier aus.

Zuvor forderten mehrere Friedensnobelpreisträger, darunter der verstorbene Erzbischof Desmond Tutu, im Jahr 2015 die Freilassung von Leonard Peltier. Auch die indigene Gemeinschaft der Standing Rock Sioux und der National Congress of American Indians haben seine Freilassung gefordert. Da das Verfahren gegen Leonard Peltier zahlreiche Unregelmäßigkeiten aufwies und alle verfügbaren Rechtsmittel ausgeschöpft sind, sowie im Anbetracht der bereits verbüßten Zeit, seiner stetigen Unschuldsbeteuerung und der chronischen Gesundheitsprobleme unterstützt Amnesty International seit langem die Forderung nach seiner Begnadigung.

**UA-016/2019-3 – AI-Index: AMR 51/5208/2022 – 2. Februar 2022 – mr**

# COSTA RICA

## REFORMEN DER RECHTE INDIGENER VÖLKER AUF IHR LAND UND FÜR IHREN SCHUTZ ERFORDERLICH

Den acht indigenen Völkern Costa Ricas – es handelt sich um ca. 114.000 Indigene = 2,4 % der Gesamtbevölkerung des Landes – wird trotz der rechtlichen Anerkennung ihrer Territorien und natürlichen Ressourcen nur begrenzter Schutz gewährt. Indigene Gemeinschaften werden aufgrund der Konflikte um ihr Land angegriffen, eingeschüchtert, bedroht und sind rassistischer Diskriminierung ausgesetzt.

Der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker, Francisco Cali Tzay (er ist Maya Kaqchikel aus Guatemala), hat bei seinem Besuch die Themen und Anliegen der Indigenen gegenüber der Regierung zum Ausdruck gebracht und sie aufgefordert, der Verpflichtung des Staates nachzukommen und indigenes Land zurückzugeben, das in den meisten Fällen in Händen von Nicht-Indigenen ist.

Er forderte des Weiteren die Regierung auf, Bedingungen für einen konstruktiven Dialog mit den Indigenen zu schaffen, um eine umfassende Gesetzesreform in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards zu entwickeln. Die Regierung hat zugesagt, den Entschädigungsprozess für die Regulierung indigener Gebiete und Territorien einzuleiten.

Die vollständigen Berichte von United Nations Human Rights vom 07.12.2021 und 17.12.2021 finden Sie hier:

<https://www.ohchr.org/en/stories/2021/12/towards-more-land-access-and-greater-protection-indigenous-peoples-costa-rica>

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2021/12/costa-rica-urgent-reforms-needed-indigenous-peoples-rights-says-un-expert>

Zusammengefasst von Rosie Hofstetter  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

# GUATEMALA

AMNESTY INTERNATIONAL – AKTUELL – ERFOLG – 28. MÄRZ 2022

## BERNARDO CAAL XOL IST FREI

**Der Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger Bernardo Caal Xol wurde aus dem Gefängnis entlassen. Er war zu mehr als sieben Jahren Haft verurteilt worden, weil er sich für die Rechte der indigenen Maya Q'eqchi' in Guatemala einsetzt. Für die Freilassung von Bernardo Caal Xol engagierte sich Amnesty im Briefmarathon 2021.**

Am 24. März 2022 wurde Bernardo Caal Xol nach vier Jahren Haft aus dem Strafvollzugszentrum in Cobán in Guatemala entlassen. Wie die Anwälte mitteilten, hatte ein Richter seine Freilassung wegen guter Führung angeordnet. Er hätte nie auch nur einen Tag im Gefängnis verbringen sollen. Denn nach der Überprüfung des Strafverfahrens gegen Bernardo Caal Xol hatte Amnesty International festgestellt, dass es keine Beweise für die ihm vorgeworfenen Straftaten gibt.

Trotzdem hatte ihn das Gericht in Cobán am 9. November 2018 wegen schweren Raubes und schwerer Freiheitsberaubung zu sieben Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Das Verfahren gegen ihn zeigt ähnliche Muster der Kriminalisierung, die Amnesty International auch schon gegen andere Menschenrechtsverteidiger\_innen in Guatemala dokumentiert hat.

Der 50-jährige indigene Lehrer, Gewerkschafter und Verteidiger der Rechte des indigenen Maya-Volkes der Q'eqchi' sowie der Land-, Territorial- und Umweltrechte, war seit dem 30. Januar 2018 zu Unrecht inhaftiert. Er hatte sich für die Maya-Gemeinschaft der Q'eqchi' eingesetzt, die vom Bau eines Wasserkraftprojekts am heiligen Fluss Cahabón im Departement Alta Verapaz im Norden Guatemalas betroffen sind.

„Es ist eine großartige Nachricht für Bernardo, seine Familie und die indigenen Q'eqchi'-Gemeinschaften Guatemalas, dass er das Gefängnis verlassen und nach mehr als vier Jahren als politischer Gefangener wieder mit seinen Angehörigen zusammen sein kann“, sagte Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International. "Bernardo ist jedoch nach wie vor für ein Verbrechen verurteilt, das er nicht begangen hat, und die guatemaltekischen Behörden kriminalisieren ihn weiterhin für seine Arbeit zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt."

Der Fall des guatemaltekischen Menschenrechtsverteidigers war im Briefmarathon 2021 aufgenommen worden: Menschen auf der ganzen Welt führten rund eine halbe Million Aktionen durch, um die Freilassung von Bernardo Caal Xol zu fordern.

Hier finden Sie den Artikel mit Foto online und eine Möglichkeit, den Amnesty-Tweet über die Freilassung von Bernardo Caal Xol anzuschauen:

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/guatemala-erfolg-bernardo-caal-xol-freigelassen>

# VIDEOBOTSCHAFT VON BERNARDO CAAL XOL AN DIE MITGLIEDER VON AMNESTY INTERNATIONAL

Einige Tage nach seiner Freilassung bedankte sich Bernardo Caal Xol in einem Video bei Amnesty International für die breite Unterstützung.

„Mit diesem Video möchte ich allen Mitgliedern von Amnesty International, die in allen Ländern der Welt wichtige humanitäre Arbeit leisten, viele Grüße, viel Zuspruch und Dank aussprechen. Ich, Bernardo Caal Xol vom Volk der Maya Q'eqchi' in Guatemala, bin jedem von Ihnen sehr dankbar. Sie haben mir Hoffnung auf Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit gegeben, die in jedem Volk und jeder Nation herrschen müssen.

Nach dem 36 Jahre andauernden bewaffneten Konflikt erlebt Guatemala derzeit die schlimmste Krise des Justizsystems und eine enorme Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern. Viele von ihnen gehen ins Exil, um ihr Leben zu schützen. Unabhängige Staatsanwälte und Richter mussten Guatemala mit all ihren Familien verlassen, weil sie in Gefahr sind. Mit meinem Volk und meiner Gemeinschaft erheben wir nur unsere Stimme, um die Flüsse Cahabón und Oxee'k zu verteidigen, damit sie nicht umgeleitet und sie nicht von Leuten verrohrt werden, die mit unseren Flüssen Profit und Geschäfte machen wollen.

Ich bin verfolgt, kriminalisiert und inhaftiert worden. Vier Jahre und zwei Monate lang wurde ich im Gefängnis gefoltert. Vier Jahre und zwei Monate voller Schmerz, Angst und Ungewissheit. Aber Sie, Amnesty International, haben mir Hoffnung auf Freiheit gegeben, und jetzt bin ich frei. Ich bin jetzt bei meiner Familie, ich bin jetzt bei meinen Töchtern, ich bin jetzt bei meiner Frau. Meine Mutter hat schon vor Glück geweint, weil ich jetzt frei bin.

Danke an jede einzelne von euch, Danke an jeden einzelnen von euch, dass ihr meine Briefe verbreitet und geteilt habt. Danke, dass Sie mich zu einem Gefangenen aus Gewissensgründen in Guatemala erklärt haben. Erika Guevara (Erika Guevara Rosas ist Americas Director von Amnesty International – Anm. der Übersetzerin) hat mir auch von den Briefen erzählt, die Sie aus der ganzen Welt gesammelt haben. Es wird eine großartige und sehr glückliche Nachricht sein, wenn Sie sie mir überbringen. Sie sind ein Teil der Geschichte des Kampfes unserer Völker. Ich umarme jede und jeden von Ihnen.

Gegen mich ist immer noch ein Verfahren vor Gericht anhängig. Ich warte immer noch auf ein Gerichtsurteil hier in Guatemala über die Gerechtigkeit, über das ganze Paket von Verbrechen, die sie gegen mich fabriziert haben, um mich zum Schweigen zu bringen. Ich bitte Sie nur darum, mich weiterhin zu begleiten und unsere Stimme in der ganzen Welt zu erheben, damit Menschenrechtsverteidiger/-innen nicht länger kriminalisiert werden, insbesondere in Lateinamerika, wo eine Politik der Enteignung und Ausplünderung betrieben wird und Menschenrechtsverteidiger/-innen weiterhin angegriffen werden. Lasst uns vorwärts gehen, Kameraden und Kameradinnen.“

<https://www.youtube.com/watch?v=q2CecY0b8Y4>

Übersetzung mit [www.DeepL.com](http://www.DeepL.com), überarbeitet von Barbara Hermanns  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

## AMNESTY JOURNAL GUATEMALA

11. MÄRZ 2022

## DIE RECHTE DER Q'EQCHI'

**DER ABBAU UND DIE VERARBEITUNG VON NICKEL RUFEN IM OSTEN GUATEMALAS VIELFACH PROTEST HERVOR. IM ZENTRUM DER KRITIK STEHT DABEI AUCH EINE INVESTMENTGRUPPE AUS DER SCHWEIZ**

*Aus El Estor von Wolf-Dieter Vogel*

Die Wolken hängen tief, einige der Berge sind bereits nicht mehr zu sehen. Jeden Moment kann sich ein tropischer Regen über den Izabal-See ergießen. Fischer Eduardo Bin Poo lässt dennoch sein Boot langsam durch das Wasser gleiten und zeigt auf eine grau-schwarze Fläche in Ufernähe zwischen rauchenden Schornsteinen, Industrieröhren und Fabrikhallen. „In diesem Schlamm befindet sich Schwermetall“, erklärt er. Wenn es viel regne, fließe der Dreck in den See. „Das Bergbauunternehmen hat keine Genehmigung, diesen Abfall zu lagern.“

Für den 56-Jährigen ist der giftige Schlamm nur eines von vielen Problemen, die der Nickelabbau in seiner Heimatstadt El Estor im Osten Guatemalas verursacht hat. Er berichtet von seltsamen Blasen auf der Haut von Fischen und roten Ablagerungen auf der Wasseroberfläche. Vor allem aber stört den Fischer, der zur Bevölkerungsgruppe der Maya Q'eqchi' gehört, dass seine Leute nie gefragt wurden, ob sie dem Bergbau zustimmen.

### INDIGENE NICHT BEFRAGT

Schließlich müssen Indigene gemäß der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation im Voraus, frei und informiert befragt werden, wenn auf ihrem Land Rohstoffe abgebaut werden sollen. Doch weder die Regierung noch das Unternehmen CGN, eine Tochterfirma der Schweizer Solway Investment Group, scherten sich darum. So sah es auch das guatemalteckische Verfassungsgericht, das im Juni 2020 entschied, das Fénix-Bergwerk müsse den Nickelabbau einstellen, solange die indigenen Einwohner\_innen von El Estor nicht befragt worden seien.

Dennoch fahren unentwegt Kipplader und Lkw über die Straße, die zu den Anlagen von CGN führt. Etwa sechs Kilometer von der Kleinstadt entfernt betreibt die Firma außer dem Bergwerk auch die Fabrik Pronico, in der aus dem Rohstoff Nickeleisen hergestellt wird. Dort hat Firmensprecher David Orellana sein Büro. „Wir haben uns immer an die rechtlichen Vorgaben gehalten“, betont er. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts sei die Fénix-Mine geschlossen worden.

Doch das wollten Eduardo Bin Poo und andere nicht glauben. Zu oft schon wurden sie von den Betreibern des Bergwerks betrogen, in den Konflikten mit dem Unternehmen starben sogar Menschen. Um eine Umsetzung des Gerichtsbeschlusses zu erreichen, besetzten mehrere hundert Indigene im Oktober 2021 die Straße. 20 Tage lang ließen sie keinen Lkw passieren, der Material für die CGN transportierte. „Alle anderen, also Taxis, Busse oder Privatwagen konnten weiterfahren“, betont der Fischer.

Dennoch lösten Polizisten und Soldaten die Blockade am 22. Oktober gewaltsam auf. „Es waren Spezialeinheiten, sie kamen mit Hubschraubern und sprühten Tränengas“, berichtet Luis Ich Choc. Der 34-Jährige hatte sich ebenfalls an der Blockade beteiligt. „Die Behörden behaupten, dass vier Polizisten durch Schüsse verletzt worden seien, aber das waren nicht wir“, sagt er. Ein paar Steine seien geflogen, ja, aber Schüsse? „Wir haben keine Waffen“, erklärt Ich Choc, der zum Alten Rat gehört, dem Führungsgremium der indigenen Gemeinde.

Die Sicherheitskräfte hätten im Auftrag des Minenunternehmens agiert, kritisiert er. „Wie in einer Prozession haben die Polizisten jeden Lastwagen begleitet.“ Firmensprecher Orellana hält den Einsatz hingegen für gerechtfertigt: „Die für die Produktion notwendige Kohle war zu Ende gegangen. Eine Antwort des Staats war erforderlich.“

Dieser Antwort folgten weitere Angriffe auf die Q'eqchi'. Die Regierung verhängte für 30 Tage den Ausnahmezustand, an jeder Ecke standen Polizist\_innen und Soldaten. Die Sicherheitskräfte nahmen 40 Hausdurchsuchungen vor, auch bei Luis Ich Choc. Doch der war nicht da. „Seine schwangere Ehefrau war allein zu Hause und erlitt einen schweren Schock, als die Soldaten ins Gebäude eindrangen“, berichtet seine Mutter Angelica Choc. Angeblich waren die Sicherheitskräfte auf der Suche nach den Waffen, mit denen geschossen worden sein soll. Allerdings ohne Erfolg. „Die haben etwas gesucht, was sie uns anhängen können“, meint Luis Ich Choc. 60 Personen wurden während dieser Tage vorübergehend festgenommen.

### **ABBAU SEIT DEN 1970ER-JAHREN**

Auch Eduardo Bin Poou saß eine Nacht lang im Gefängnis. Während er mit seinem Boot über den Izabal-See fährt, sagt er: „Wer in Guatemala für seine Rechte einsteht, gilt als kriminell, während CGN unsere Rechte missachtet.“

Luis Ich Choc tauchte ab, nachdem der Ausnahmezustand verhängt wurde. Vier Wochen lang schlug er sich mit anderen Verfolgten im Wald durch. „Manchmal hatten wir tagelang nichts zu essen“, erzählt er. Seit ein paar Wochen ist er wieder in El Estor. Wie seine Eltern kämpft er für die Rechte der Q'eqchi', obwohl das seinen Vater das Leben gekostet hat. 2009 griffen Angestellte des Sicherheitsdienstes von CGN Adolfo Ich und andere Bergbaueegner\_innen mit Macheten und Waffen an. Adolfo Ich starb durch einen Schuss, andere wurden schwer verletzt. Im Januar 2021 verurteilte ein Gericht den ehemaligen CGN-Sicherheitschef wegen des Mordes.

Angelica Choc, die Frau des Ermordeten, musste an das Verbrechen denken, als im Oktober Soldaten und Polizisten das Haus ihres Sohnes stürmten. Der Konflikt um den Nickelabbau begleitet die 54-Jährige bereits seit ihrer Kindheit. Seit den 1970er-Jahren wird das Metall nahe El Estor abgebaut. Damals tobte in Guatemala ein Bürgerkrieg, der mehr als 200.000 Menschen das Leben kostete.

Immer wieder starben Menschen bei Protesten gegen den Bergbau. 1978 richtete das CGN-Sicherheitspersonal ein Massaker unter den Indigenen an, die sich gegen die Mine wehrten. Die Firma gehörte damals noch einem kanadischen Unternehmen, bevor sie 2011 von der Solway Investment Group übernommen wurde.

**„Wir waren immer gegen die Mine, und CGN tut alles dafür, uns fertigzumachen.“**

*Angelica Choc, Aktivistin*

„Wir waren immer gegen die Mine, und CGN tut alles dafür, uns fertigzumachen“, sagt Angelica Choc. Doch sie räumt auch ein, dass nicht alle auf ihrer Seite stehen. „Viele sind dort beschäftigt und wollen ihren Arbeitsplatz nicht verlieren“, sagt sie. Fragt man die Ladenbesitzer\_innen in El Estor oder die Fischer am Ufer, ist die Meinung gespalten. Manche sind für, manche gegen die Firma.

Nach Angaben von David Orellana arbeiten bei Fénix und Pronico etwa 2.000 Menschen, 70 Prozent von ihnen stammen aus El Estor. Seit Anfang Januar 2022 baue Fénix wieder Nickel ab, da die vom Verfassungsgericht geforderte Befragung nun vom Energieministerium durchgeführt worden sei, sagt er. Tatsächlich fand während des Ausnahmezustands eine Konsultation statt. Luis Choc hält sie jedoch für eine Farce. „Sie fand unter Einschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie unter Präsenz von Polizei und Militär statt“, kritisiert er. Zudem sei der Alte Rat der Q'eqchi' nicht eingebunden worden. „Die Umfrage wurde bewusst von Leuten durchgeführt, die von der CGN bestochen wurden“, ist er überzeugt.

Eduardo Bin Poo blickt nachdenklich aufs Wasser. „Die meisten hier leben vom Fischfang, was sollen unsere Enkelinnen und Enkel tun, wenn der See vergiftet ist?“, fragt er sich. Der Bergbau bringe keinen Fortschritt, sagt er, während er das Ufer ansteuert. Von dort aus sind es nur wenige Meter zu seinem aus Bambus gezimmerten Haus. Er hofft, dass er bald zumindest wieder ohne Angst fischen kann.

*Wolf-Dieter Vogel ist freier Journalist. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder.*

Online finden Sie den Artikel mit Fotos hier:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/guatemala-landrechte-indigene-qeqchi>

---

# IN EIGENER SACHE

## UNSER GRUPPENFLYER!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und indigene Völker wissen möchte, kann unseren 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos bestellt werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:

[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)



# ECUADOR

## ZUSAMMENFASSUNG UND KOMMENTAR: WICHTIGER SIEG FÜR DIE RECHTE DER INDIGENEN DES ECUADORIANISCHEN AMAZONASGEBIETES

Am 27. Januar 2022 kam es in Ecuador zu einem lang ersehnten und bedeutenden Gerichtsurteil: *El Corte Constitucional*, das Verfassungsgericht von Ecuador, beschließt zum Vorteil der A'i Cofán, einer indigenen Gruppe des ecuadorianischen Amazonasgebietes an der Grenze zu Kolumbien, dass das Recht auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ garantiert werden muss.

Das Gerichtsurteil ist im Kontext eines langen Kampfes um die Verteidigung ihres Landes, der Natur und ihrer in der Verfassung von Ecuador garantierten Rechte zu betrachten. Die Indigenen wehren sich seit Jahren gegen die Öl- und Bergbauproduktion, in dessen Konflikt sie bereits etliche Klagen wegen Verletzungen ihrer Grundrechte einreichten. Obwohl es zu Urteilen zugunsten der Indigenen kam, wurden diese von Unternehmen nicht akzeptiert.

Der Gerichtshof erkennt die Rechte auf Konsultation sowie auf Natur, Wasser, auf eine gesunde Umwelt, Kultur und auf Territorium an und gesteht damit Verletzungen dieser Rechte ein. Des Weiteren beschließt er Wiedergutmachungsmaßnahmen und Vorschriften für zukünftige Projekte, die vor allem auf Entscheidungen basieren, die Konsultationspflicht gegenüber Indigenen einzuhalten. Außerdem verbietet das höchste Gericht über 50 Konzessionen zum Abbau von Gold im ecuadorianischen Regenwald – so die Organisation „Rettet den Regenwald“. Sie bewertet das Gerichtsurteil als einen „Präzedenzfall“ und schreibt weiter: „Sie [die Entscheidung] ist nicht nur ein großer Sieg für die A'i Cofán, sondern schafft auch ein juristisches Instrument, um die Rechte der indigenen Völker und den Schutz ihrer 9 Millionen Hektar großen Regenwaldgebiete durchzusetzen.“

Auch wenn dieses Ereignis von großer Bedeutung ist, sowohl für die A'i Cofán, die Indigenen Ecuadors, als auch weltweit, bleibt abzuwarten wie die neuen Maßnahmen umgesetzt werden. Die Menschen des Amazonasgebietes gehören zu den verwundbarsten Gruppen des Landes, da sie immer wieder Ausbeutung, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Zu den Menschenrechtsverletzungen gehören beispielsweise die verheerenden Auswirkungen der Ölkatastrophen für die A'i Cofán von 2020 und 2022, die nach wie vor weder entschädigt wurden, noch wurden die Verantwortlichkeiten geklärt.

So ist es essenziell, dass die Versprechungen eingehalten und die Wiedergutmachungsmaßnahmen umgesetzt werden. Denn letztendlich betrifft auch uns als Europäer/-innen die Situation der Ausbeutung und Zerstörung im Amazonasgebiet, da der Amazonas, seine Diversität und seine Bewohner/-innen unter anderem im Kampf gegen den Klimawandel eine fundamentale Rolle spielen.

Quellen:

Rettet den Regenwald, „Ecuador: Verfassungsgericht garantiert Rechte der Indigene gegen Bergbauprojekte“, 22.02.2022

<https://www.regenwald.org/updates/10647/ecuador-verfassungsgericht-garantiert-rechte-der-indigenen-gegen-bergbauprojekte?mtu=550961804&t=12147>

„Ecuador: Autoridades y Empresas Amenazan la Amazonia y Sus Pueblos Indígenas“, 05.05.2022, Amnesty

<https://www.amnistia.org/en/news/2022/05/20895/ecuador-autoridades-y-empresas-amenazan-la-amazonia-y-sus-pueblos-indigenas>

Amelie Philipsenburg,  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

-----

AMNESTY INTERNATIONAL

Public Statement Index: AMR 28/5233/2022

February 10, 2022

## CONSTITUTIONAL COURT RULING TO PROTECT INDIGENOUS PEOPLES FROM MINING PROJECTS AFFECTING THEIR HUMAN RIGHTS

Amnesty International welcomes the 27 January 2022 decision of the Constitutional Court, Ecuador's highest court, confirming violation “of the rights to prior consultation, to nature, water, a healthy environment, culture and territory, as well as comprehensive reparation measures”, regarding the A'í Cofán Indigenous people of the Sinangoe community in relation to mining concessions that affected their ancestral territory without their free, prior and informed consent. On 3 December 2021, Amnesty International had submitted an amicus curiae brief to the Court on the case.

In its ruling, the Constitutional Court stated that in all prior consultations on any plan or programme that may affect the rights and interests of Indigenous peoples, the state has an obligation to (i) adjust the plan or project consulted, (ii) adopt reasoned decisions based on the results of the consultation and (iii) refrain from demanding disproportionate sacrifices from Indigenous communities that are not proportionate in a democratic society, as well as complying with international standards on free, prior and informed consent.

The Court also recognized that “the obligation for prior consultation does not refer solely to those plans or projects that are located within the lands of Indigenous communities or peoples (understanding lands in a broad sense ... **but also to those that, even though they are not on their land, could directly affect them environmentally or culturally because they are within their sphere of influence**”.

Finally, the Court affirmed that “in exceptional cases where it is decided to implement a project even without the consent of the community, the state must explicitly substantiate the reasons why it has not been possible to adjust the project or modify it in line with the concerns, demands and proposals put forward by the communities that will be affected, thus responding to their rejection. Further, it must explicitly establish the objective, reasonable and proportionate reasons that justify continuing with the project despite the opposition of the majority of the respective community or communities, recalling that **under no circumstances can a project be carried out that results in excessive sacrifices to the collective rights of communities and nature.**”

Indigenous communities and organizations from the Ecuadorian Amazon and the Ecuadorian Human Rights Alliance have led the international campaign Who Should Decide. On 18 January 2022, they delivered more than 365,000 signatures to the Constitutional Court asking the Court to protect the right of Indigenous peoples to decide on the future of their ancestral territories. This year, the Constitutional Court is expected to rule on the case of the Waorani people of Pastaza in relation to oil concessions on their territory.

In light of the plans of President Lasso’s government to increase oil and mining production in the country, and oil spills such as those that occurred on 7 April 2020 and 28 January 2022 in the Ecuadorian Amazon, Amnesty International reaffirms its commitment to continue accompanying Indigenous peoples in the region in defending their human rights and combatting the climate crisis.

The granting of mining, oil and other megaproject concessions without the consent of the affected Indigenous peoples is a continuing human rights violation in the Americas that impacts the whole population.

#### **ADDITIONAL INFORMATION**

The Constitutional Court’s finding of human rights violations confirmed previous decisions by courts of the first and second instance after the A’i Cofán people of Sinangoe initiated judicial proceedings in 2018 against the Ecuadorian state for granting 20 mining concessions and considering another 32, in violation of their right to free, prior and informed consent and other human and environmental rights.

The first instance ruling, issued in August 2018, recognized “that there was contamination of the water of the rivers that are part of the territory of the Sinangoe community”. Additionally, in November 2018, a second instance ruling ordered that the concessions granted be rendered null and void and that those that were pending and in process be definitively suspended. In 2019, the Constitutional Court decided to consider the case to establish jurisprudence on the matter.

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/02/AMR2852332022ENGLISH.pdf>

## „AMAZON AT RISK“

Nur einige Monate nach dem bahnbrechenden Urteil des Verfassungsgerichts von Ecuador berichtet Amnesty International in dem Bericht „Amazon at Risk“ darüber, wie Behörden und Unternehmen das Amazonasgebiet durch Gesetze, politische Maßnahmen und Bergbauprojekte, für die keine „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ der indigenen Völker eingeholt wurde, bedrohen.

Lesen Sie dazu auch die Pressemitteilung von Amnesty International anlässlich der Veröffentlichung des Reports „*Amazon at Risk*“. Einen Link zur englischsprachigen Petition von Amnesty International Kanada zugunsten der Umwelt und der Umweltschützer/-innen finden Sie im Anschluss an den Beitrag.

## ECUADOR: AUTHORITIES AND COMPANIES THREATEN THE AMAZON AND ITS INDIGENOUS PEOPLES

May 4, 2022

Authorities and companies in Ecuador threaten the Amazon through legislation, policies and extractive projects – mainly oil and mining – that have not obtained the free, prior and informed consent of Indigenous Peoples or that have affected their territories, environment, health, water or food, Amnesty International said today, as it released the report ***Ecuador: Amazon at Risk***.

“Ecuador must guarantee the consent of Indigenous Peoples to legislation, policies and projects that may put their existence at risk. The Amazon is also a critical ecosystem for overcoming the climate crisis that threatens all life on our planet, and Indigenous Peoples have protected it for centuries. We cannot turn our backs on them,” said Fernanda Doz Costa, deputy director of research for the Americas at Amnesty International.

**“Ecuador must guarantee the consent of Indigenous Peoples to legislation, policies and projects that may put their existence at risk. The Amazon is also a critical ecosystem for overcoming the climate crisis that threatens all life on our planet, and Indigenous Peoples have protected it for centuries. We cannot turn our backs on them.”**

*Fernanda Doz Costa, Amnesty International*

In this regard, the organization welcomed the victory of the A'i Cofán community of Sinangoe before the Constitutional Court on 27 January 2022. In its ruling, which has not yet been complied with by the relevant authorities, the Court confirmed that the state had violated the community's “rights to prior consultation, to nature, to water, to a healthy environment, to culture and to territory” by granting 20 mining concessions without their consent and processing 32 others that affected their territory. In addition, the Court ordered comprehensive reparation measures for the community.

In addition, the authorities have yet to promptly, thoroughly, and impartially investigate the oil spills that occurred on 7 April 2020 and 28 January 2022 in the Amazon, establish the relevant administrative and criminal responsibilities, and guarantee truth, justice and reparation for the affected communities.

This year the Constitutional Court is expected to rule on the sentences issued in the case of the oil spill of 7 April 2020, and on the extraordinary protection action filed by the affected communities.

In this report – presented in the context of Ecuador’s Universal Periodic Review before the UN Human Rights Council this year – Amnesty International also analyses the excessive restrictions in the law regulating abortion in cases of rape; the lack of a policy to protect human rights defenders and investigate attacks and threats against them; and impunity for human rights violations committed during the protests of October 2019.

**For more information or to arrange an interview, please contact Duncan Tucker:  
+52 55 4848 8266, [duncan.tucker@amnesty.org](mailto:duncan.tucker@amnesty.org).**

### LEARN MORE

[Ecuador: Amazon at Risk: Submission to the 41st session of the UPR Working Group \(Report, 5 April 2022\)](#)

[Ecuador: Constitutional Court ruling to protect indigenous peoples from mining projects affecting their human rights \(Research, 10 February 2022\)](#)

[Listen to Sarayaku Indigenous leader Patricia Gualinga of Mujeres Amazónicas speaking about the current situation during an Amnesty Canada webinar on 23 April 2022](#)

### TAKE ACTION

[ECUADOR: Protect the Environment and Environment Defenders](#)

Hier finden Sie den englischsprachigen Link zur Pressemitteilung:

<https://www.amnesty.ca/news/ecuador-authorities-and-companies-threaten-the-amazon-and-its-indigenous-peoples/>

# BRASILIEN

DEUTSCHLANDFUNK KULTUR

VON LISA KUNER · 19.01.2022

## LANDRAUB IN BRASILIEN BOLSONAROS POLITIK GEGEN INDIGENE

Der Druck auf die indigenen Gemeinden in Brasilien nimmt immer weiter zu. Jüngste Gesetzesvorhaben sollen verhindern, dass neue Schutzgebiete ausgewiesen werden – und bestehende werden von Goldgräbern, Viehzüchtern und der Politik beständig attackiert.

Die 300-Seelen-Gemeinde Campinho liegt in Brasiliens nördlichstem Bundestaat Roraima, eine knappe Stunde Fahrt auf unbefestigten Straßen entfernt von der Großstadt Boa Vista. Vor den Häusern bauen Hängematten, sie stehen weit verstreut um das Dorfzentrum mit Versammlungshaus, Sportplatz, Kirche, Schule und einem Gesundheitsposten. Die Sprache, die hier gesprochen wird, heißt Macuxi.

Mitten im indigenen Schutzgebiet Canauaní gelegen, ist die Gemeinde – wie alle indigenen Gebiete im Amazonas – unter ständigem Druck von Seiten der derzeitigen Regierung unter Jair Bolsonaro. „Wenige Indigene haben zu viel Land“, so die Behauptung, die beständig wiederholt wird.

### INDIGENE KULTUR GEHT VERLOREN

Seit einiger Zeit bemüht sich die Gemeinde Campinho, die eigenen Traditionen zu pflegen und die Jugendlichen verstärkt darin zu unterrichten. „Projekt zur Rettung unserer Kultur“, nennt Raielly Ribeiro das.

„Wir haben gemerkt, dass wir unsere Kultur immer mehr verlieren. Darum haben wir uns mit den Ältesten aus unserer Gemeinde zusammengesetzt und versuchen jetzt den Kindern unsere Sprache Macuxi, die traditionellen Tänze und auch unser typisches Essen wieder näher zu bringen“.



Dorfzentrum: Campinho liegt eine knappe Stunde Fahrt auf unbefestigten Straßen entfernt von der Großstadt Boa Vista.  
© Deutschlandradio / Lisa Kuner

Es geht aber längst nicht mehr nur um die indigene Kultur. Die Jugendlichen sind zu Aktivisten geworden, sie positionieren sich politisch gegen den Ausverkauf indigenen Landes und organisieren Fahrten zu Demonstrationen. Denn auch in Campinho spüren die Menschen, wie die brasilianische Regierung unter Jair Bolsonaro ihre Rechte beschneidet.

„Unsere Schulen hier werden von den öffentlichen Institutionen einfach vergessen. Seit sie gebaut wurden, wurde nichts renoviert,“ klagt Alicineia Pinho Cadete, Vize-Koordinatorin der Gemeinde, während sie an einem leerstehenden Gebäude vorbeiläuft. Unterricht findet dort zurzeit nicht statt, weil Geld und Lehrer fehlen.

Seit 2018 wurden die Mittel für viele indigene Institutionen radikal gekürzt, auch für Schulen. Aber das ist nur eines der Probleme, fasst Pinho Cadete zusammen. „Seit diese Regierung an der Macht ist, spüren wir die Rückschritte unmittelbar im Alltag und die Vorurteile gegenüber uns Indigenen nehmen zu.“

### **IMMER MEHR GEWALT GEGEN INDIGENE**

Tatsächlich gibt es immer mehr Gewalt gegen indigene Völker. Allein 2020 wurden in Brasilien 182 Indigene ermordet, ein Anstieg um 61 Prozent zum Vorjahr. In 2021 könnte die Zahl noch höher ausfallen, denn fast jede Woche gibt es neue Nachrichten über Angriffe auf Indigene. Dabei sind die Rechte von Indigenen in Brasilien eigentlich durch die Verfassung gut geschützt: Sie garantiert das Recht auf eigenes Land und auf die traditionelle Lebensweise. Und das bringt viele Vorteile.

„Man sieht auf der Karte von Brasilien, dass es in den indigenen Schutzgebieten kaum Abholzung gibt. Indigene Schutzgebiete wirken in Brasilien wie ein Schutzschild gegen die Abholzung und die Zerstörung des Regenwalds,“ erklärt Luiz Henrique Reggi Pecora von der Nichtregierungsorganisation Instituto Socioambiental.

Mehr als die Hälfte des Bundestaats Roraima ist als indigenes Schutzgebiet ausgewiesen. Bergbau ist dort illegal, Landwirtschaft und Infrastrukturprojekte müssen mit den indigenen Gemeinden vor Ort abgestimmt werden.

### **ANERKENNUNG VON INDIGENEM LAND WIRD UNMÖGLICH**

Zumindest in der Theorie – Farmern, Goldsuchern, Bergarbeitern und auch der aktuellen Regierung unter Jair Bolsonaro sind die Indigenen ein Dorn im Auge. Die Flächen sollten wirtschaftlich effektiv genutzt werden, so die Argumentation. Beispielsweise durch großflächigen Anbau von Soja, Mais oder Baumwolle, anstatt sie wie im Mittelalter nur zur eigenen Versorgung zu bestellen.

Dabei könnte man denken, dass es in dem riesigen Bundestaat Roraima genug Land gibt: Auf einer Fläche, die rund zwei Drittel von Deutschland bedecken würde, leben nur knapp eine halbe Million Menschen. Trotz des vielen Platzes ist das indigene Land und seine Nutzung ein zentraler Streitpunkt. Präsident Jair Bolsonaro hatte im Wahlkampf versprochen, dass Indigene keinen Millimeter Land mehr bekommen sollten – bisher hielt er Wort.

Alle juristischen Anerkennungsprozesse für indigenes Land liegen aktuell auf Eis. Da dies verfassungsrechtlich mehr als strittig ist, hat der Präsident verschiedene Gesetze auf den Weg gebracht, die dieses Vorgehen nun auch auf legale Beine stellen sollen.

Ein besonders strittiges Großprojekt ist dabei der „Marco Temporal“, auf Deutsch: die Stichtagshypothese, sagt Luis Henrique Reggi Pecora.

„Die Stichtagshypothese versucht die Ausweisung von indigenen Gebieten mit der Ausrufung der Republik zu koppeln. Das würde bedeuten, dass nur noch die Gebiete geschützt wären, auf denen 1988 Indigene gewohnt haben. Diese Stichtagshypothese ist für Indigene inakzeptabel, denn sie ignoriert vier Jahrhunderte, in denen die Rechte von ihnen verletzt und sie von ihrem Land vertrieben wurden. Falls sich das durchsetzt, würde die Ausweisung von indigenen Schutzgebieten fast unmöglich.“

Zurzeit liegt ein Präzedenzfall zur Stichtagshypothese vor dem brasilianischen Verfassungsgericht. Wann genau es darüber entscheidet, ist noch unklar. Aber der Fall mobilisiert Indigene im ganzen Land.

Ivo Aureliano Cípio gehört zur Ethnie der Macuxi, er ist Anwalt und kämpft für sein Volk und den Rat der Indigenen in Roraima gegen die Stichtagshypothese. Kein ungefährliches Unterfangen.

Der Rat der Indigenen steht unter Dauerbeschuss. Aus Sicherheitsgründen ist das Büro des Rats gut geschützt, der Name der Organisation steht nicht am Tor, man muss extra eingelassen werden.

„Vor Kurzem waren wir vor dem brasilianischen Verfassungsgericht“, erinnert sich Cípio, „vier indigene Anwälte, um klarzumachen, dass wir gegen diese Stichtagshypothese sind und für die Rechte der ursprünglichen Völker. Über das Urteil wird bereits verhandelt – im Moment gibt es eine Stimme dafür, eine Stimme dagegen. Es gibt aber noch keine finale Entscheidung, wir hoffen, dass die bald kommt.“



Alicineia Pinho Cadete ist die Vize-Koordinatorin der Gemeinde Campinho. © Deutschlandradio / Lisa Kuner

Die Gemeinde Campinho wäre indirekt vom Stichtagsgesetz betroffen: Sie ist bereits als Schutzgebiet deklariert – allerdings auf einer Art Insel, umgeben von privatem Land auf dem unter anderem Baumwolle angebaut wird. Schon seit Jahren versuchen die Wapichana und Macuxi in der Region gemeinsam eine größere, zusammenhängende Fläche zu erhalten, um genug Landwirtschaft zur Selbstversorgung betreiben zu können. Das wäre durch die Stichtagshypothese unmöglich.

### EIN DENKMAL FÜR ILLEGALE GOLDSUCHER

Eine knappe Stunde entfernt von Campinho liegt Boa Vista, Roraimas Hauptstadt. Ein großes, klobiges Steinkunstwerk fällt im Stadtzentrum sofort ins Auge. Das Denkmal ehrt die „Garimpeiros“, je nach Übersetzung bedeutet das Goldsucher oder Bergarbeiter. In der Roraima gibt es viele wertvolle Rohstoffe wie zum Beispiel Gold, Diamanten oder auch das Eisenerz Bauxit, und es gehört zum Gründungsmythos des Bundesstaates, dass man durch Minenarbeit reich werden kann.

„Das Denkmal verherrlicht illegale Praktiken“, meint Allison Madugal, der als Staatswalt die Rechte von Indigenen in der Roraima verteidigt. „Der illegale Bergbau in der Region wird toleriert. Er ist deshalb illegal, weil es in Roraima praktisch gar keinen Bergbau außerhalb der indigenen Gebiete gibt.“

Gerade die Goldvorkommen befinden sich nahezu alle in indigenen Schutzgebieten, das Edelmetall dürfte dort eigentlich nicht geschürft werden. Dennoch haben sich die illegalen Minen vervielfacht, weil es kaum Kontrollen gibt und die unterstützende Rhetorik von Präsident Jair Bolsonaro zu solchen Praktiken ermuntert.

Die Goldsucher zerstören nicht nur die noch nahezu unberührte Natur in der Gegend, sie verschmutzen auch das Trinkwasser, weil das Gold mit Quecksilber gewaschen wird. Außerdem bringen sie Krankheiten mit. Im vergangenen Jahr war das oft Covid, im ganzen Land starben überdurchschnittlich viele Indigene. Allein in der winzigen Gemeinde Campinho gab es drei Todesfälle wegen Covid.

In Roraimas Hauptstadt Boa Vista wird das schmutzige Gold aus den Schutzgebieten offen gehandelt – mehr als 40 Juweliere und Goldhändler gibt es in der Stadt, in einer Straße im Zentrum reiht sich ein Laden an den nächsten.

„Die Abteilung der Polizei für Umweltverbrechen in der Stadt hat gerade mal zwei Polizisten. Die kommen nicht hinterher damit insgesamt 20.000 Goldgräber zu kontrollieren. Außerdem ist die Strafe für illegale Goldgräber sehr gering, meistens müssen sie nur Sozialstunden leisten und kommen am Ende nicht ins Gefängnis,“ erklärt Staatsanwalt Madugal resigniert.

In indigenen Schutzgebieten ist nicht nur Bergarbeit illegal, auch landwirtschaftliche Nutzung und Infrastrukturprojekte müssen mit den lokalen Gemeinden abgestimmt werden.

Alcineia Pinho Cadete aus Campinho findet das wichtig: „Alle Projekte müssen zuerst durch eine indigene Versammlung und dann bewerten wir, ob das Projekt große Auswirkungen auf uns hat oder uns Vorteile bringt. Diese Beratung muss frei sein und mit zeitlichem Vorlauf stattfinden.“

### **AUCH MANCHE INDIGENE BAUEN LIEBER SOJA AN**

Ein weiteres aktuelles Gesetzesvorhaben der Bolsonaro-Regierung – das PL490 – möchte dieses Mitspracherecht aushöhlen und so die wirtschaftliche Nutzung des Landes einfacher machen. Wenige Kilometer entfernt vom Campinho soll ein Wasserkraftwerk gebaut werden – die Auswirkungen auf das indigene Schutzgebiet sind unklar: So kann ein Wasserkraftwerk den Verlauf der Flüsse verändern – und somit Einfluss auf die Waldgebiete und die Ernte der Indigenen haben.

Vom Anbau verschiedener Früchte im kleinen Stil lebt die Gemeinde. Clovis Edoinho Xaviér, Dorfvorsteher von Campinho, zeigt die Vielfalt, die es hier gibt. Er hält eine über einen Meter lange Frucht mit brauner Schale in der Hand. „Eine Inga“, erklärt er. Der Geschmack des hellen Fruchtfleisches erinnert etwa an Banane. „Hier haben wir Marajuca, Macaxeira, Mandioca, das nutzen wir am häufigsten.“



Clovis Edoinho Xaviér, Dorfvorsteher von Campinho, zeigt die Vielfalt, die es hier gibt. © Deutschlandradio / Lisa Kuner

In Zukunft möchten die Indigenen gerne eine Fischzucht aufbauen – nachhaltig und in kleinem Stil, um die Umwelt nicht zu belasten.

Aber nicht alle Indigenen denken so. Im Norden der Stadt Boa Vista hat die „Vereinigung zur Verteidigung der vereinten Indigenen von Roraima“ ganz andere Vorstellungen von der Nutzung des indigenen Landes. Ein paar Hängematten hängen im Hof, neben seiner Bestimmung als Verwaltungsgebäude ist das Haus auch Herberge für Indigene, die Zeit in der Stadt verbringen.

In einem kleinen Büro mit Klimaanlage sitzt Irisnaide Souza Silva. Die Macuxi Indigene ist Präsidentin der Vereinigung und hält wenig vom kleinbäuerlichen Leben, auf das die Indigenen aus Campinho so stolz sind.

„Indigene haben auch ein Recht darauf modern zu sein, ein Recht auf ein gutes Leben, ein Recht auf Zugang zum Gesundheitssystem. Leider gibt es noch immer Leute, die denken, dass Indigene so wie früher leben müssen.“



„Indigene haben auch ein Recht darauf modern zu sein“, sagt Irisnaide Souza Silva, Präsidentin der Vereinigung zur Verteidigung der vereinten Indigenen von Roraima. © Deutschlandradio / Lisa Kuner

Die junge Frau ist perfekt geschminkt und strahlt Selbstbewusstsein aus. Im Oktober besuchte Präsident Jair Bolsonaro eine Gemeinde der Vereinigung, darauf ist Souza Silva besonders stolz. Es bringt ihrer Arbeit viel Aufmerksamkeit, obwohl sie bloß eine Minderheit der Indigenen in Roraima repräsentiert. Von anderen Organisationen wurde dieser Besuch stark kritisiert: der Präsident legitimiere den illegalen Bergbau vor Ort mit seinem Besuch.

Aktuell arbeitet Irisnaide Souza Silva daran, ein Großprojekt für Sojaanbau auf 30 Tausend Hektar umzusetzen – mitten in einem indigenen Schutzgebiet. Neben der Agrarindustrie möchte sie auch den Ressourcen-Abbau in indigenen Gebieten legalisieren – ebenfalls als Einnahmequelle.

„Unser Vater hat uns mit dem Geld aus dem Goldabbau großgezogen. Die Ernte von unseren Feldern reichte oft nur fürs Essen, aber nicht für Kleider, Hefte, Stifte. Ich will nicht, dass meine indigenen Brüder und Schwestern auch so aufwachsen müssen.“

### „WIR KÄMPFEN MIT UNSEREM LEBEN FÜR DIE ERDE“

Die Frage, ob der Abbau von Bodenschätzen auch in indigenen Gebieten möglich sein sollte, liegt zurzeit ebenfalls vor dem brasilianischen Verfassungsgericht.

Der indigene Anwalt Ivo Cípio Aureliano hält davon wenig – gibt aber zu, dass er damit nicht für alle Indigenen sprechen kann. Denn die Aussicht auf ein besseres Einkommen ist für viele verführerisch. Einige von ihnen helfen sogar den Goldsuchern in indigenen Gebieten.

Ivo Aureliano Cípio fasst die Lage so zusammen: „Die größte Bedrohung für uns ist aktuell die Bundesregierung, die für das große Agrobusiness steht und eine anti-indigene Politik betreibt. Sie will die indigenen Schutzgebiete ausbeuten und zu Monokulturen ausbauen. Wir sind hier in Amazonien, kämpfen mit unserem Leben für die Erde. Das ist ein globaler Kampf für alle Bürger der Welt.“

Er hofft darauf, dass das wachsende Engagement der Indigenen für eine globale Veränderung sorgt und internationaler Druck auf die brasilianische Regierung ausgeübt wird.

Mit freundlicher Genehmigung von Lisa Kuner

Siehe auch: „**BOLSONARO GEGEN DIE "TERRA INDÍGENA"** von Lisa Kuner

Amnesty Journal – Brasilien – 11. April 2022

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/brasilien-bolsonaro-gegen-indigene>

-----

## MENSCHENRECHTE IN BRASILIEN “UNDER ASSAULT“ – GRAVIERENDE FOLGEN FÜR INDIGENE

April 2022

Die Menschenrechtssituation in Brasilien wurde im jüngsten Amnesty-Bericht im Rahmen des sogenannten „Universal Periodic Review“ (UPR)<sup>1</sup> des UNHRC-Mechanismus als „under assault“, d. h. unter Beschuss betitelt.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Der Universal Periodic Review-Prozess ist ein 2007 eingeführtes Instrument des UN-Menschenrechtsrats, in dem alle 193 UN-Mitgliedsstaaten gleichermaßen auf ihre Menschenrechtssituation hin geprüft werden. Die Staatenprüfung erfolgt nicht durch Sachverständigengremien, sondern durch andere Staaten. Staaten stellen somit Fragen an das zu überprüfende Land und geben Empfehlungen ab, wie die Menschenrechtssituation in dem jeweiligen Land verbessert werden könnte. Das überprüfte Land kann die Empfehlungen dann annehmen oder ablehnen. Im Falle der Annahme verpflichtet es sich dazu, diese bis zur nächsten Überprüfung zu implementieren.

<sup>2</sup> <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/04/AMR1954322022ENGLISH.pdf>

Zunehmend setzt die Regierung des rechtsextremen Präsidenten Bolsonaro indigene Völker unter Druck – einerseits legislativ, andererseits territorial oder gar mit gewaltsamen Übergriffen.<sup>3</sup> 2020 ist „illegales Eindringen“ verglichen zum Vorjahr um 137 Prozent gestiegen. Die Organisation *Comissão Pastoral da Terra* spricht von der höchsten Zahl an Territorialkonflikten in ruralen Gebieten seit 1985<sup>4</sup>. Im schlimmsten Fall lauert für Indigene der Tod: „Allein im Jahr 2020 gab es 182 Todesopfer“.<sup>5</sup>

Damit missachtet die Regierung Menschenrechte, Schutzgebietsregelungen und Konsultationspflichten. Im Vordergrund stehen wirtschaftliche Interessen wie der Abbau von Bodenschätzen – u. a. Gold, Diamant und Bauxit – oder landwirtschaftliche Nutzung riesiger Gebiete für Soja- und Rindproduktion. Gerade rhetorisch hat die Abwertung indigener Völker Einzug gefunden. Präsident Bolsonaro wird nicht müde, zu wiederholen, dass Indigene zu viel Land besäßen und dass dagegen etwas unternommen werden müsse. Und so ist es kaum verwunderlich, dass er mit allen Mitteln versucht, genau dies zu tun.

Derzeit rückt vor allem eine Handlung in den Vordergrund: ein Gesetzesvorhaben, dass die sogenannte Stichtagsthese salonfähig machen möchte. Würde dieser Stichtagsregelung stattgegeben, hätten indigene Gemeinschaften nur noch dort Gebietsansprüche, wo sie nachweislich vor Verfassungsverkündung 1988 gelebt haben. Laut zahlreicher Expert/-innen und Amnesty International wäre ein solches Vorgehen unzulässig, denn historisch wurden Indigene vertrieben, verdrängt und getötet, sodass sie nur wenige Gebiete geltend machen könnten, obwohl sie dort historisch gesehen gelebt haben. Aktuell liegt das Gesetzesvorhaben dem Obersten Gerichtshof zur Prüfung vor.

Großer Widerstand manifestiert sich indessen in der indigenen Bevölkerung auch gegen weitere umstrittene Gesetzesvorhaben: PL 490/2007 und PL191/2020. Diese würden einerseits Bergbau, Agrarwirtschaft und Rodung auch in indigenen Gebieten legalisieren, wenn dies im „nationalen Interesse“ stünde und andererseits die Demarkationsmacht hinsichtlich indigener Gebiete auf die Legislative übertragen.<sup>6</sup>

Proteste oder politisches Kalkül vor der anstehenden Präsidentschaftswahl erwirkten jedoch zumindest erst einmal eine Vertagung der Abstimmung.<sup>7</sup> Auch in Deutschland wurde Kritik unter Abgeordneten laut. Sie resümieren in zwei offenen Briefen an die Präsidenten des brasilianischen Abgeordnetenhauses und des Senats sowie an die Vorsitzenden und Vizevorsitzenden diverser Kongressausschüsse Folgendes:

*„Eine Ratifizierung der oben genannten Gesetzesinitiativen würde eine massive Gefährdung der Rechte der indigenen und traditionellen Völker und Gemeinschaften Brasiliens bedeuten. Wir bitten Sie daher, sich persönlich mit Nachdruck für die Ablehnung der oben genannten Gesetzesvorhaben einzusetzen.“<sup>8</sup>*

Im August 2021 wurde wegen der untragbaren Situation von der Bewegung *Articulação dos Povos Indígenas do Brasil* (APIB) beim Internationalen Strafgerichtshof (ICC) eine Klage gegen Präsident Bolsonaro eingereicht. Konkret lautet der Vorwurf: Völkermord.<sup>9</sup>

Die Pandemie hat die Lage verschärft. Weltweit haben vulnerable Bevölkerungsgruppen am meisten unter den (gesundheitlichen) Auswirkungen des Coronavirus zu leiden. Amnesty International resümiert:

---

<sup>3</sup> <https://www.amnesty.de/informieren?f%5B0%5D=themes%3A76&f%5B1%5D=countries%3A176>

<sup>4</sup> <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/brasilien-2021#section-23289499>

<sup>5</sup> <https://www.amnesty.de/informieren?f%5B0%5D=themes%3A76&f%5B1%5D=countries%3A176>

<sup>6</sup> <https://amerika21.de/2022/04/257519/bundestagsabgeordnete-indigene-brasilien>

<sup>7</sup> <https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/brasilien-proteste-gegen-bolsonaros-bergbauplaene-in-indigenengebieten/>

<sup>8</sup> <https://amerika21.de/2022/04/257519/bundestagsabgeordnete-indigene-brasilien>

<sup>9</sup> <https://apiboficial.org/2021/08/09/unprecedented-apib-denounces-bolsonaro-before-the-icc-in-the-hague-for-indigenous-genocide/?lang=en>

*„Zwischen März 2020 und Januar 2022 starben mindestens 1.251 Indigene an oder mit dem Virus [...] Die Zweifach-Impfquote der indigenen Bevölkerung lag im Dezember 2021 mit lediglich 44 Prozent weit unter dem nationalen Durchschnitt“.*<sup>10</sup>

Die Abholzung des Regenwaldes hat ebenfalls zugenommen. Zwischen August 2020 und Juli 2021 hat die Rodung den Höchststand seit 2006 erreicht (13.235 km<sup>2</sup>). Die daraus resultierenden klimatechnischen Folgen sind desaströs. 2020 gab es vor allem in der Pantanal-Region zahlreiche Waldbrände. 2021 wiederum wurden Regionen durch verheerende Überschwemmungen heimgesucht.<sup>11</sup>

Des Weiteren wurde 2020 ein trauriger Höhepunkt bei Landkonflikten erreicht. Mitte des Jahres 2021 bis Anfang 2022 wurden bereits fünf Personen im Rahmen von Landkonflikten getötet (Ibid:3). Insbesondere die Yanomami haben in den vergangenen Jahren unter Übergriffen und illegaler Landnahme gelitten. Yanomami-Kinder sind schutzlos der Unterernährung ausgesetzt. Der eingangs genannte UPR-Bericht findet drastische Worte:

*„The government’s failure to address the severe malnutrition of the Yanomami people’s children and provide adequate medical care is annihilating this Indigenous people’s future.“*<sup>12</sup>

Amnesty International fordert daher, dass das Konsultationsrecht eingehalten, Abholzung gestoppt und die Sicherheit der Indigenen gewährleistet wird (Ibid:5). Angriffe auf indigene Gebiete und Straftaten ihnen gegenüber müssen geahndet und vor Gericht gebracht werden (Ibid:6). Des Weiteren sollen jedwede Legislativprozesse gestoppt werden, die versuchen, eines dieser Rechte zu untergraben. Stattdessen müssen indigene Rechte gestärkt und ihre Gebiete geschützt werden. (Ibid:5).

Es bleibt abzuwarten, wie die Regierung auf den Bericht reagiert und wie dieser in der 41. Sitzung der „UPR Working Group“ behandelt wird, die vom 07. bis 18. November 2022 stattfinden wird.<sup>13</sup> Gerade die im Oktober stattfindenden Wahlen könnten einen entscheidenden Wendepunkt für Mensch und Klima<sup>14</sup> und somit die Rückkehr zu demokratischer Normalität und Achtung der Rechte indigener Völker bedeuten.

Verena Märker

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>10</sup> <https://www.amnesty.de/informieren?f%5B0%5D=themes%3A76&f%5B1%5D=countries%3A176>

<sup>11</sup> <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/04/AMR1954322022ENGLISH.pdf>, S. 3

<sup>12</sup> In etwa: Das Versäumnis der Regierung, die schwere Unterernährung der Yanomami-Kinder zu bekämpfen und eine angemessene medizinische Versorgung bereitzustellen, vernichtet die Zukunft dieses indigenen Volkes. <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/04/AMR1954322022ENGLISH.pdf>, S. 2

<sup>13</sup> <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/upr-sessions>

<sup>14</sup> <https://www.wwf.de/themen-projekte/projektregionen/amazonien/wahlen-in-brasilien>

# PARAGUAY

SURVIVAL INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E.V. – 22.02.2022

## DIE AYOREO

Der Wald, der den Ayoreo-Totobiegosode-Indigenen in Paraguay gehört, weist die weltweit schnellste Abholzungsrate auf.

Ein Großteil ihres Landes wurde an Viehzüchter verkauft, was die unkontaktierten Ayoreo zwang, auf der Flucht zu leben und den Bulldozern zu entkommen, die ihren Wald zerstören.

Seit den 1970er Jahren arbeitet Survival mit kontaktierten Ayoreo-Gemeinden zusammen, um ihnen zu helfen, 550.000 Hektar Land ihrer angestammten Heimat zu erhalten.

Aber das reicht nicht aus: Ausländische Viehzüchter zerstören weiterhin die Heimat der Ayoreo, den Wald, um Platz für Vieh zu schaffen. Die unkontaktierten Ayoreo haben bald keinen Platz mehr, um sich zu verstecken.

Es gibt verschiedene Untergruppen der Ayoreo. Am abgeschiedensten leben die nomadischen Totobiegosode, deren Name „Menschen vom Ort der Wildschweine“ bedeutet.

Die Ayoreo sind Jäger und Sammler, die einst eine große Fläche im Buschwald bewohnten. Seit 1969 werden sie aus dem Wald vertrieben, trotzdem meiden viele noch immer den Kontakt mit Außenstehenden.

Ihr erster dauerhafter Kontakt mit der Außenwelt erfolgte in den 1940er und 1950er Jahren, als mennonitische Farmer auf ihrem Land Kolonien gründeten.

Die Ayoreo-Totobiegosode widersetzten sich der Missionierung, und es kam zu Todesopfern auf beiden Seiten.

1979 und 1986 organisierte die amerikanische fundamentalistische *New Tribes Mission* (NTM) regelrechte Jagden, in deren Rahmen große Gruppen der Ayoreo-Totobiegosode gewaltsam aus dem Wald vertrieben wurden. Einige von ihnen starben aufgrund der Zusammenstöße oder an deren Folgen.

Andere Gruppen der Totobiegosode verließen den Wald 1998 und 2004, da sie durch anhaltendes Eindringen von Siedlern und Ranchern in den Wald ständig ihre Wohnorte verlassen mussten, was ihr Leben sehr erschwerte.

Dennoch führt eine unbekannte Anzahl an Totobiegosode noch immer ein nomadisches Leben im Wald.

Die größte gegenwärtige Bedrohung für die Ayoreo ist das brasilianische Unternehmen Yaguarete Porá. Dem Unternehmen gehört eine Fläche von 78.000 Hektar inmitten des Gebietes der Indigenen und in der Nähe einer Gruppe unkontaktierter Ayoreo.

Yaguarate beabsichtigt einen Großteil der Fläche abzuholzen, um Platz für Viehzucht zu schaffen – dies stellt eine Bedrohung für die Ayoreo und ihre Möglichkeit, in dem Gebiet zu leben, dar.

## WIE LEBEN SIE?

Die Totobiegosode leben in kleinen Gemeinschaften. Sie bauen Kürbisse, Bohnen und Melonen auf dem sandigen Boden an und jagen im Wald. Schildkröten und Wildschweine sowie wilder Honig sind für ihre Ernährung wichtig.

Im Wald leben vier bis fünf Familien zusammen in Gemeinschaftshäusern. Ein zentraler Holzpfiler ermöglicht einen gewölbeähnlichen Bau aus kleinen Ästen, welche mit getrocknetem Schlamm bedeckt sind.



Ein verlassenes Haus von unkontaktierten Ayoreo-Totobiegosode im Chaco von Paraguay © Survival

Um das Haus herum hat jede Familie ihre eigene Feuerstelle; nur wenn es regnet, schlafen sie im Haus. Die sesshaften Ayoreo leben in individuellen Ein-Familien-Hütten.

Die Ayoreo die in sesshaften, Gemeinschaften leben, wohnen in Hütten für jeweils nur eine Familie. Diejenigen die ihr Land verloren haben, müssen häufig zu schlechten Bedingungen für jene Farmer arbeiten, die so viel von ihrem Land genommen haben.

*Asojna*, das wichtigste Ritual der Ayoreo, ist nach der Nachtschwalbe benannt. Wenn der Schrei des Vogels das erste Mal gehört wird, läutete dies den Beginn der Regenzeit und somit einen Monat voller Festlichkeiten ein.

Die evangelikale Missionsgesellschaft *New Tribes Mission* betreibt eine Station in der Nähe der Gemeinden und übt einen starken Einfluss auf ihr tägliches Leben aus. Unter dem Einfluss der *New Tribes Mission* wurde *asojna* wie viele andere Rituale allerdings ausgesetzt.

## KRISE

In einem Bericht der University of Maryland aus dem Jahr 2013 wurde festgestellt, dass der paraguayische Chaco die weltweit schnellste Abholzungsrate aufweist.

Das von Ayoreo bewohnte Land ist einer der letzten Wälder in der Region Chaco, ein hervorragender Beweis für die Naturschutzfähigkeiten des indigenen Volkes.

Der Druck auf den Wald ist jedoch immens. Nahezu das gesamte Land der Ayoreo ist heute im Besitz von privaten Landbesitzern, die Arbeiter anheuern, um das wertvolle Holz zu roden und Platz für Viehhaltung zu schaffen. Viele dieser neuen Landbesitzer sind Mennoniten, aber ein Großteil des Ayoreo-Landes wurde inzwischen von wohlhabenden paraguayischen und insbesondere brasilianischen Viehzuchtbetrieben aufgekauft.

Die Indigenen beanspruchen nur einen Bruchteil ihres Territoriums. Ohne ihren Wald können sie sich nicht selbst versorgen. Außerdem sind sie sehr besorgt um ihre unkontaktierten Verwandten, die noch im Wald leben.

Nach paraguayischem Recht hätte den Ayoreo das Landrecht schon vor Jahren zugesprochen werden sollen, da Gesetze und die Verfassung das Recht der Indigenen auf ihr angestammtes Land anerkennen.

Einflussreiche Großgrundbesitzer haben jedoch die Umsetzung der Gesetze jedes Mal verhindert und bereits einen Teil des Waldes illegal abgeholzt.

Im Herzen des indigenen Gebiets befindet sich ein großes Areal, das der brasilianischen Firma Yaguarete Porá gehört. Sie hat bereits einen großen Teil des Waldes abgeholzt, obwohl in der Nähe erst kürzlich isoliert lebende Ayoreo gesichtet wurden.

Als Antwort auf öffentliche Kritik hat die Firma nun Pläne veröffentlicht, nach denen sie ein „Naturreservat“ auf ihrem Land errichten will. Tatsächlich werden ungefähr zwei Drittel des Waldes durch die Firma zerstört.

2010 hat Survival das Unternehmen mit dem Greenwashing Award ausgezeichnet.

Die isoliert lebenden Totobiegosode haben keinen Rückzugsort. Die kontaktierten Totobiegosode versuchen verzweifelt, es zu schützen.

## WERDEN SIE FÜR DIE AYOREO AKTIV

- Schreiben Sie einen **Brief** oder eine **E-Mail** an die paraguayische Regierung und fordern diese auf, das Land der Ayoreo endlich zu demarkieren.
- Schreiben Sie einen **Brief** an Grupo San José und fordern das Unternehmen auf, das Ayoreo-Land seinen rechtmäßigen Besitzer/-innen zurückzugeben.

<https://www.survivalinternational.de/indigene/ayoreo>

Mit freundlicher Genehmigung von Survival International

# CHILE

AMNESTY JOURNAL CHILE

24. Januar 2022

## „INDIGENE RECHTE UND VIEL MEHR“

**Die chilenische Regierung hat über den Süden des Landes, wo viele Angehörige der Mapuche leben, den Ausnahmezustand verhängt. Für Besserung könnte eine neue Verfassung sorgen, an deren Entstehung die Menschenrechtsaktivistin Natividad Llanquileo Pilquimán beteiligt ist. Ein Gespräch über zu wenig Land, zu viel Polizei und eine große Hoffnung.**

*Interview: Elias Dehnen*

**Im Oktober verhängte der chilenische Präsident Sebastián Piñera über vier südliche Provinzen den Ausnahmezustand. Welche Folgen hat das für die vielen indigenen Mapuche-Gemeinden?**

Wir sehen uns schon länger mit einer erhöhten Präsenz von Sondereinheiten der Polizei konfrontiert. Neben schwer bewaffneter Polizei ist nun auch das Militär im Süden präsent. Im November wurden zwei Mapuche-Aktivist\_innen getötet. Es ist kein Zufall, dass dies in den Gebieten passiert ist, in denen wir Land zurückfordern. Piñera verteidigt die Interessen der Holzindustrie. Einige der Forstunternehmen gehören den reichsten Familien Chiles. Ihre Expansionspläne zu fördern, scheint wichtiger zu sein, als die Menschenrechte zu schützen. Gerade für Kinder und Jugendliche hat die erhöhte Polizei- und Militärpräsenz traumatische Folgen. Viele Eltern berichten, dass ihre Kinder unter Schlafstörungen leiden. Immer wieder kommt es zu willkürlichen Personenkontrollen und Festnahmen. Derzeit befinden sich mehr als 40 indigene Menschenrechtsaktivist\_innen in Haft. Menschenrechtsorganisationen haben festgestellt, dass Angehörige der Mapuche unverhältnismäßig lange in Untersuchungshaft gehalten werden.

**Wie konnte der Konflikt derart eskalieren?**

Es ist der chilenische Staat, der den Konflikt mit den Mapuche sucht. Als zuerst Spanien – ohne Erfolg – und später Chile unser Gebiet kolonisieren wollte, sprach man von einer "Befriedung" oder "Zivilisierung" der südlichen Gebiete. Dieses Narrativ geistert noch immer durch die Köpfe vieler Chilen\_innen. Doch das Gegenteil war der Fall: Stück für Stück wurde uns Land weggenommen. Viele Angehörige indigener Bevölkerungen wurden dadurch systematisch in die Armut gedrängt. Die politische Elite hat Chile immer als einheitlichen Staat dargestellt, es hieß: "Hier gibt es keine indigenen Völker." Die Mapuche wurden als Relikt der Vergangenheit betrachtet, in der Schule besprach man höchstens unsere Folklore – Kleidung, Spiele und Musikinstrumente. Chile wollte sich als moderner Staat präsentieren, und wir waren dabei ein Hindernis. Bis heute hat die chilenische Gesellschaft ihren Rassismus gegenüber den Indigenen nicht überwunden.

### **Weshalb sind alle politischen Versuche, den Konflikt beizulegen, bisher gescheitert?**

Es gab viele Treffen zwischen Angehörigen der Mapuche und Vertreter\_innen der jeweiligen Regierungen. Doch Abkommen wurden immer wieder missachtet. Dabei verfügt die Regierung über alle Ressourcen, um die Forderungen der Indigenen nach Landrückgabe zu erfüllen. Was fehlt, ist politischer Wille. Die staatliche Institution Corporación Nacional de Desarrollo Indígena (CONADI) ist dafür zuständig, ursprüngliche Territorien der Mapuche zu kaufen und den indigenen Gemeinschaften zurückzugeben. Das ist eine gute Idee, doch im Jahr 2020 ließ die CONADI öffentliche Gelder ungenutzt, weil es der Institution wegen der Corona-Einschränkungen nicht gelang, ihrem Mandat nachzukommen.

*„Bis heute hat die chilenische Gesellschaft ihren Rassismus gegenüber den Indigenen nicht überwunden.“*

Natividad Llanquileo Pilquimán, chilenische Menschenrechtsaktivistin

### **Gemeinsam mit 155 anderen gewählten Repräsentant\_innen erarbeiten sie derzeit einen Entwurf für eine neue chilenische Verfassung. Ein Grund zur Hoffnung?**

Wir sind optimistisch, müssen aber auch realistisch bleiben. Um einen Prozess der Teilhabe zu garantieren, sind die fünf bis acht Monate, die uns noch bleiben, sehr kurz. Wir wollen das Beste daraus machen. Chile hat 2008 das Übereinkommen über indigene und in Stämmen lebende Völker (ILO 169) ratifiziert. Dort ist ein Menschenrechtskatalog aufgeführt, auf den wir uns berufen können, etwa wenn es um Land- und Eigentumsansprüche geht. Wir starten also nicht bei Null. Viele Politiker\_innen wollten bisher nichts davon wissen, das könnte sich mit der neuen Verfassung ändern. Wir wollen unsere Rechte jetzt auch effektiv geltend machen. Dafür muss definiert werden, welche Mechanismen und Gerichte die Einhaltung unserer Selbstbestimmungsrechte zukünftig sicherstellen.

### **Welche Erfahrungen haben Sie bisher in der Verfassunggebenden Versammlung gemacht?**

Es ist ein harter Prozess. Zehn indigene Gruppen mit insgesamt 17 Vertreter\_innen haben dort eine Stimme. Sieben davon sind Mapuche, jeweils mit heterogenen Positionen. Niemand von uns kann eine alleinige Repräsentation beanspruchen. Dazu kommt, dass uns einige Wege, zu politischen Vereinbarungen zu kommen – etwa durch Hinterzimmergespräche – befremden. Doch wir sehen auch positive Entwicklungen. Viele Menschen, die an der Erarbeitung der neuen Verfassung mitwirken, kommen aus zivilgesellschaftlichen Bewegungen: Angefangen von Lehrern und Anwältinnen über Hausfrauen bis hin zu Sozialarbeitern sind viele neu in der Politik und bringen frischen Wind herein. Kein politischer Block in der Versammlung hat eine Mehrheit, weshalb man auf uns zugehen muss. Nur eine kleine Gruppe von Erzkonservativen möchte die jetzige Verfassung behalten und blockiert, wo sie nur kann. Und konservative Medien versuchen, die öffentliche Meinung über die Verfassunggebende Versammlung negativ zu beeinflussen.

### **Was sind Ihre Hauptforderungen?**

Chile muss ein multinationaler Staat werden. Das heißt, dass wir Indigene rechtlich anerkannt werden. Es geht uns nicht nur um kulturelle und sprachliche Aspekte, sondern auch um unsere Gebietsansprüche. Denn eine Nation ohne eigenes Territorium ist keine Nation. Nur so können wir ein Leben nach unseren Traditionen führen. Wir wollen unser Recht auf Selbstbestimmung effektiv wahrnehmen.

### **Wie sähe das konkret aus?**

Wir werden bestimmen, welchen Bildungsweg unsere Kinder durchlaufen und welches Gesundheits- und Rechtssystem wir entwickeln. Zentral ist auch, dass wir im Einklang mit der Umwelt leben wollen. Es wird diskutiert, ob der Natur wie in anderen südamerikanischen Verfassungen eigene Rechte zugesprochen werden. Für uns ist maßgebend, dass unsere Lebensgrundlagen nicht weiter zerstört werden. Ein konkretes Beispiel sind die Pinien- und Eukalyptusplantagen. Wer sie gesehen hat, wird wissen, wovon ich spreche: Alles rundherum stirbt ab, die Vegetation geht ein, das Wasser verschwindet, und

es herrscht Dürre. Doch die Forstunternehmen behaupten, sie würden den Regionen Fortschritt und -Arbeitsplätze bringen. Dabei sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht und die Arbeitsprozesse stark technologisiert, sodass nur wenige und prekäre Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sollten nicht vergessen, dass wir uns in einem Klimanotstand befinden. Wenn die Menschen die Natur weiter ausbeuten wie bisher, werden wir alle die Auswirkungen der Krise immer stärker zu spüren bekommen. Es geht also um viel mehr als den Schutz indigener Rechte.

*Natividad Llanquileo Pilquimán, geboren 1984, ist Rechtsanwältin und gehört den Mapuche an, der größten indigenen Gemeinschaft Chiles. Als Menschenrechtsaktivistin ist sie Teil der - Verfassungsgebenden Versammlung, die bis Mitte 2022 eine neue chilenische Verfassung erarbeitet.*

*Elias Dehnen ist freier Journalist. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.*

Online finden Sie den Artikel mit Fotos hier:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/chile-indigene-interview-natividad-llanquileo-pilquima>

-----

## NEUE ENTWICKLUNG

Wie das Lateinamerikas-Nachrichtenportal [amerika21](https://amerika21.de) am 16. März 2022 berichtete, hat die neue chilenische Regierung ein Ende des Ausnahmezustands im Mapuche-Gebiet im Süden Chiles, dem Wallmapu, angekündigt. Das Militär soll die betroffenen Regionen verlassen und auch keine polizeilichen Aufgaben mehr übernehmen. Im Dialog mit den Indigenen will die Regierung im Wallmapu einen „langanhaltenden Frieden“ schaffen – so die neue chilenische Innenministerin, Iskia Siches.

Den Link zum Artikel finden Sie hier:

[https://amerika21.de/2022/03/257207/ende-ausnahmezustand-wallmapu?pk\\_campaign=newsletter&pk\\_kwd=weekly](https://amerika21.de/2022/03/257207/ende-ausnahmezustand-wallmapu?pk_campaign=newsletter&pk_kwd=weekly)

# NIGERIA – NIEDERLANDE

## THE HAGUE: ESTHER KIOBEL VOWS TO CONTINUE HER FIGHT FOR JUSTICE

AMNESTY INTERNATIONAL CANADA (BLOG)

March 24, 2022, 12:49 am

Human rights defender Esther Kiobel today lost her civil case against oil giant Shell, which she accuses of complicity in the 1995 execution of her husband by the Nigerian military government, but has promised to continue her campaign for justice. Esther has spent 27 years seeking justice for her husband Dr Barinem Kiobel, who was hanged along with eight other men in connection with widespread protests against oil pollution in the Niger Delta.

**“These extraordinarily brave women are not giving up. Their voices have been heard. They should be commended for the invaluable work they have done to highlight the global culture of impunity for multinationals accused of human rights abuses”**

*Mark Dummett, Head of Business and Human Rights at Amnesty International*

At a witness hearing in 2019, three men told the Dutch court that Shell and the Nigerian government had given them money and offered them other bribes in order to incriminate Esther’s husband and eight other men, known collectively as the “Ogoni Nine”. But today, the court ruled that there was insufficient evidence to prove that Shell had been involved.

Esther Kiobel brought the case against Shell along with three other women, Victoria Bera, Blessing Eawo and Charity Levula, whose husbands were also executed in 1995. Amnesty International’s research into the historic injustice has revealed how Shell’s requests for ‘assistance’ in handling environmental protests led to a brutal government crackdown, culminating in the arrests and unlawful executions of the women’s husbands, as well as renowned activist Ken Saro-Wiwa and four other men.

“This is a disappointing outcome, but these extraordinarily brave women are not giving up. Their voices have been heard. They should be commended for their resilience and unbreaking commitment to exposing the truth, and for the invaluable work they have done to highlight the global culture of impunity for multinationals accused of human rights abuses,” said Mark Dummett, Head of Business and Human Rights at Amnesty International.

**“The fact that it took more than twenty years for a court to hear Esther’s argument is a grim indictment of how corporations are able to evade accountability for terrible crimes and human rights abuses.”**

*Mark Dummett*

“It has taken years of legal wrangling for Esther Kiobel to get Shell to face her in a courtroom. Shell tried every trick in the book, from disputing jurisdiction to refusing to hand over crucial documents. The fact that it took more than twenty years for a court to hear Esther’s argument is a grim indictment of how corporations are able to evade accountability for terrible crimes and human rights abuses. Despite the ruling today, Esther’s battle for justice has not been in vain – her persistence represents a powerful argument for change. Governments must do more to hold companies accountable for human rights abuses, and make it possible for the victims to seek justice.”

Esther Kiobel fled Nigeria and settled in the US following her husband’s killing. She first filed a case against Shell in New York in 2002, but in 2013 the US Supreme Court ruled that the US did not have jurisdiction to hear the case. In 2017, Amnesty International supported Esther Kiobel, Victoria Bera, Blessing Eawo and Charity Levula in bringing a new case against Shell in the Netherlands. The four plaintiffs accused Shell of being instrumental in the unlawful arrest and detention of their husbands; the violation of their husbands’ physical integrity; and the violation of their right to a fair trial and to life, and their own right to a family life. The case was held up when Shell refused to hand over crucial documents relating to the case, and it was not until 2019 that the District Court of The Hague heard the women’s arguments for the first time.

**“One of the many tragedies in this case is that spills from Shell’s oil fields are still wreaking havoc in the Niger Delta.”**

*Mark Dummett*

Amnesty International has extensively detailed Shell’s role in the crackdown in Ogoniland. In a 2017 report, it found that Shell repeatedly encouraged the Nigerian military to deal with protests, even when it knew this would lead to atrocities including killings, rape, torture, and the burning of villages. In the midst of these horrors, Shell provided the military with material support, and in at least one instance paid a military commander notorious for human rights violations.

Amnesty International has also exposed evidence of serious negligence by Shell, whose irresponsible approach to oil spills in the Niger Delta has exacerbated an environmental crisis and led to devastating pollution for Ogoni communities.

“One of the many tragedies in this case is that spills from Shell’s oil fields are still wreaking havoc in the Niger Delta. The company says it is now leaving the region and is looking for a buyer. Before doing so it needs to finally pay heed to the demands of the communities there – and clean up its dirty legacy,” said Mark Dummett.

“Shell has thrown millions at the multiple lawsuits it is facing, but money will not be enough to clear its name.”

Den Link zum Artikel mit Foto finden Sie hier:

<https://www.amnesty.ca/blog/the-hague-esther-kiobel-vows-to-continue-her-fight-for-justice/>

# TANSANIA

## ÜBER 70.000 MASSAI IN LOLIONDO DROHT VERTREIBUNG

Nach zuverlässigen Informationen von Indigenous Peoples Rights International (IPRI) und der International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA) plant die Regierung Tansanias derzeit die Vertreibung von mindestens 70.000 Massai aus einem ca. 1.500 km<sup>2</sup> großen UNESCO-Welterbegebiet im Ngorongoro-Distrikt, östlich des Serengeti-Nationalparks, aus ihrem gesetzlich anerkannten Stammland.<sup>1</sup>

Als Begründung wird Naturschutz genannt. Aufgrund von Kritik der UNESCO über den Zustand des Ngorongoro soll nun im angestammten Gebiet der Massai ein Wildtierkorridor errichtet werden. Die UNESCO veröffentlicht dazu auf ihrer Homepage, dass sie zu keinem Zeitpunkt die Vertreibung der Massai gefordert habe.<sup>2</sup>

Der Naturschutz und die Einrichtung eines Wildtierkorridors gelten als vorgeschoben, da als Hintergrund die Förderung des Safari- und Jagdtourismus gesehen wird. Insbesondere soll der Weg für die erweiterte Geschäftstätigkeit des Wildtierjagdundunternehmens Otterlo Business Corporation (OBC) geebnet werden, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) ansässig ist und Jagdausflüge für die königliche Familie und ihre Gäste durchführt. OBC hat bereits Jagdrechte seit 1992 und war in der Vergangenheit an mehreren gewaltsamen Vertreibungen der Massai sowie am Niederbrennen von Häusern und dem Töten von Tausenden seltener Tiere in der Gegend beteiligt.

„Dass den Massai erneut die Zwangsräumung droht, um der Königsfamilie der VAE zu gefallen, zeigt, dass die tansanische Regierung den Tourismuseinnahmen weiterhin Priorität einräumt auf Kosten der indigenen Hirten, die das Gebiet seit Generationen nachhaltig bewirtschaften“, sagte Anuradha Mittal, Executive Director vom Oakland Institut.<sup>3</sup>

Am 11. Januar 2022 traf sich der Regionalkommissar von Arusha mit Dorfvorsitzenden und Stadträt/-innen in der Loliondo-Division des Ngorongoro-Distrikts, um sie über die Entscheidung der Regierung zu informieren. Sollte dies durchgeführt werden, würde die Schaffung eines Wildtierkorridors dazu führen, dass die Massai das Land ihrer Vorfahren verlieren, das für die Aufrechterhaltung ihrer Lebensgrundlage als halbnomadische Hirten von entscheidender Bedeutung ist. Die nachhaltige Bewirtschaftung ihres Landes hat zu einer reichen Artenvielfalt geführt.

---

<sup>1</sup> Siehe Näheres hierzu von **IWGIA**: URGENT ALERT Around 70,000 Maasai in Loliondo, Tanzania, face another forceful eviction, gross violation of human rights and breach of Rule of Law, <https://www.iwgia.org/en/news/4597-maasai-loliondo-tanzania-forceful-eviction.html>; sowie von **IPRI**: Stoppen Sie alle Versuche, 70.000 Hirten der Massai in Tansania zu vertreiben, <https://iprights.org/campaigns/petitions>

<sup>2</sup> UNESCO Welterbe vom 21.03.2022; <http://whc.unesco.org/en/news/2419/>

<sup>3</sup> <https://www.oaklandinstitute.org/maasai-loliondo-tanzania-face-renewed-eviction-threat>

Die Massai und ihre lokalen Führer haben Proteste abgehalten, um zu verhindern, dass der Prozess der Umsiedlungspläne voranschreitet. Der Versuch, die Massai von ihrem rechtlich angestammten Gebiet zu vertreiben, ist mit den Verpflichtungen der Regierung Tansanias nicht vereinbar und nach den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen rechtswidrig und diskriminierend.

Die Massai in den betroffenen Gemeinden fordern daher von der Regierung Tansanias, die Räumungspläne zu stoppen und ihre Land- und Ressourcensicherheit umfassen zu schützen.

Sie bitten besonders um internationale Unterstützung und an die Präsidentin Tansanias, Samia Suluhu Hassan, zu appellieren, den Landnutzungsplan in Verbindung mit der Vertreibung aufzugeben.

Weitere Informationen und die Petition „Ngorongoro – Stoppt die Vertreibung der Massai“ finden Sie hier:

<https://www.regenwald.org/updates/10607/sorge-der-masai-vor-vertreibung-waechst>

Übersetzt und zusammengefasst von Rosie Hofstetter  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

## AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN

**Indigene und Menschenrechte** – die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema Indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.



Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns,  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:  
[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)

---

# AUSTRALIEN

## DAS FEHLENDE RECHT AUF PROTEST UND DER ERFOLG DER DARUMBAL PEOPLE

Aboriginal and Torres Strait Islander<sup>1</sup> Peoples sind deutlich mehr Gewalt, auch staatlicher Gewalt, ausgesetzt als der nicht-indigene Teil der Bevölkerung Australiens. Immer noch werden sie weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Neben der historischen Unterdrückung inklusive Landraub, Entrechtung und Ermordung kommt heute häufig eine nahezu unüberwindbare sozioökonomische Benachteiligung bis hin zu akuter Armut hinzu. Transgenerationale Traumata können durch die aktuellen prekären und deutlich lebensverkürzenden Missstände<sup>2</sup> nicht nur nicht ausheilen, sondern vertiefen sich von Generation zu Generation.

Einer von 10 jungen indigenen Männern und eine von 20 jungen indigenen Frauen gaben ihre seelische Verfassung in einer Befragung von 2016 als gewöhnlicherweise „sehr traurig“ an. Nicht-indigene junge Menschen gaben in derselben Studie den mentalen Status „sehr traurig“ mit nur einem Prozent an.<sup>3</sup> Auch die Selbstmordrate ist bei indigenen Australier/-innen um ein Vielfaches höher. Um sozioökonomische Situationen zu ändern und die entsprechend benötigten Rechtsgrundlagen zu erwirken, braucht es häufig den jahrelangen Protest mehrerer Generationen.

Das Recht zu protestieren ist in Australien allerdings nicht nur *nur* gefährdet, sondern gar nicht ausdrücklich im Bundesgesetz der australischen Verfassung verankert, ebenso wenig wie die Redefreiheit. Es gibt zahlreiche legislative Versuche und Erfolge, Protest zu kriminalisieren oder weitgehend gesetzlich unterdrücken zu können. Häufig stehen hinter dem Versuch, friedlichen Protest zu kriminalisieren, einflussreiche Gruppen (wie Bergbauunternehmen und ihre Lobbygruppen) mit wirtschaftlichen Interessen an Rohstoffen und Land. In Australien existiert ebenfalls kein föderales Menschenrechtsgesetz, welches, so Amnesty International Australia, dazu „verwendet werden kann, um Anti-Protest-Gesetze vor Gericht anzufechten und unsere Menschenrechte zu schützen“.<sup>4</sup> Zusätzlich ist immer im Blick zu behalten, dass (auch friedlicher) Protest zudem nicht für alle Australier/-innen gleichermaßen sicher ist: besonders nicht zwischen weiß-gelesenen Australier/-innen und indigen-gelesenen Australier/-innen. In den letzten 30 Jahren sind mehr als 450 Aboriginal and Torres Strait Islander Peoples während ihrer Haft gestorben. Selbst für Kinder besteht erhöhte Gefahr: Kinder mit indigenem Hintergrund werden 17-mal häufiger während ihrer Kindheit oder Jugend inhaftiert als nicht-indigene.<sup>5</sup> Indigene Gesellschaften gehören auf der ganzen Welt zu den vulnerabelsten Gruppen. Sie bedürfen des besonderen Schutzes durch das Recht. Und umso wichtiger ist die Rückgabe und die Sicherstellung von Landrechten.

---

<sup>1</sup> Die Torres Strait Islander sind ein indigenes Volk, das auf den Torres-Strait-Inseln in der Torres-Strait-Meeresenge zwischen dem australischen Kontinent und Papua-Neuguinea lebt.

<sup>2</sup> Durch die mangelnde gesundheitliche Versorgung, den in Teilen mangelnden Zugang zu gesunder Nahrung und die hohe Suizid-Gefahr, den erhöhten Konsum extrem schädlicher, berauschender Substanzen, die höhere Opferquote von Gewalt u. v. m. ist die Lebenserwartung von indigenen Australier/-innen etwa 10 Jahre geringer als von nicht-indigenen Australier/-innen. <https://humanrights.gov.au/sites/default/files/FTFATS1.pdf>

<sup>3</sup> <https://www.amnesty.org.au/campaigns/indigenous-justice/national-aboriginal-and-torres-strait-islander-youth-report-2016>; <https://www.theguardian.com/australia-news/2016/sep/07/shocking-number-of-indigenous-teenagers-rate-happiness-at-zero>

<sup>4</sup> <https://www.amnesty.org.au/campaigns/right-to-protest/>

<sup>5</sup> <https://www.amnesty.org.au/campaigns/indigenous-justice/>

Daher ist die Rückgabe von Landrechten als besonderer Erfolg von Protest zu feiern:

Am 21. April 2022 erhielten die Darumbal People in Queensland 13,5 Hektar ihres ursprünglichen Siedlungsgebietes zurück: die kulturell bedeutsamen Stätten am Gai-i und die arrondierten Vorgebirge und Ländereien, auf denen die Darumbal People bereits den Native Title besaßen. In den späten 1800er-Jahren massakrierten hier die Truppen unter Captain Frederick Wheeler mehr als 300 Ahn/-innen der Darumbal People. Der Gai-i wurde bis 2018 von Regierungsseite *Mount Wheeler* genannt. Die offizielle Änderung des Namens in Gai-i sieht die Darumbal Frau Aunty Sally Veä Veä als großen Schritt an, da Captain Wheeler für die Ermordung ihrer Angehörigen verantwortlich gewesen sei. Sie erklärt bei der offiziellen Rückgabezeremonie, dass es heute noch Menschen gibt, deren Großmütter und Tanten die Gräueltaten gesehen haben.<sup>6</sup>

Die Darumbal People sehen sich nicht als Besitzer/-innen, sondern als die traditionellen Hüter/-innen des Landes. Einer ihrer Sprecher, Uncle Bill, so dokumentiert ABC News, gibt an, dass er nun hoffe, dass die Rückgabe Heilung und Versöhnung fördere, was allerdings die nächsten drei, vier oder mehr Generationen brauchen würde.<sup>7</sup>

### **AMNESTY INTERNATIONAL SETZT SICH DAHER FÜR DAS RECHT AUF PROTEST IN AUSTRALIEN EIN**

„Wir müssen das Recht auf Protest schützen, damit wir weiterhin Veränderungen bewirken und die Welt fair, frei und gerecht machen können.

Wir können es uns jetzt nicht leisten, zum Schweigen gebracht zu werden. Protest ist das mächtigste Werkzeug, das wir haben, um unsere Rechte und unsere Zukunft zu schützen. Um etwas zu bewegen, müssen wir das Recht auf Protest schützen.

Um sicherzustellen, dass das Recht auf Protest geschützt ist,

- setzen wir die australischen Regierungen unter Druck, Anti-Protest-Gesetze aufzuheben, damit die australischen Gesetze das Recht auf Proteste respektieren,
- setzen wir uns für Gesetze ein, die friedlichen Protest schützen – einschließlich eines föderalen Menschenrechtsgesetzes,
- schützen wir Menschen, die ihre Rechte ausüben, und stellen sicher, dass das Verhalten der Polizei verhältnismäßig ist und friedliche Proteste für die Teilnehmer sicher sind,
- stellen wir schädliche Anti-Protest-Rhetorik in den Medien infrage,
- setzen wir Regierungen auf der ganzen Welt unter Druck, um das zunehmende Vorgehen gegen friedliche Proteste zu beenden und sicherzustellen, dass Aktivist/-innen und Menschenrechtsverteidiger/-innen weiterhin sicher Kampagnen durchführen können, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen.“<sup>8</sup>

Amnesty International Australia: <https://www.amnesty.org.au>

Jennifer Kringel

E-Mail: ALEGRIA(AT)HAMBURG.DE

Twitter: Love First Nations@JenniferKringel

[www.australienneuseelandhawaii.de](http://www.australienneuseelandhawaii.de)

---

<sup>6</sup> <https://www.instagram.com/p/CcoUuAArAY2/>; #DarumbalPeople #Gaii #MountWheeler #CaptainFrederickWheeler #IndigenousMassacre; <https://www.standard.net.au/story/7707959/qld-hands-back-indigenous-massacre-site/>

<sup>7</sup> <https://www.abc.net.au/news/2022-04-22/massacre-site-returned-to-traditional-owners-gai-i-gawula/100999390>; Weiterführende Infos: #ImpactofColonialization

<sup>8</sup> <https://www.amnesty.org.au/campaigns/right-to-protest/> (übersetzt und zusammengefasst von Jennifer Kringel); #RightToProtest.

# WHY WE NEED A DEDICATED, SELF-DETERMINED NATIONAL SAFETY PLAN FOR ABORIGINAL AND TORRES STRAIT ISLANDER WOMEN AND CHILDREN

AMNESTY INTERNATIONAL AUSTRALIA – 8 MARCH 2022

**This International Women's Day, and every day, we are celebrating the courage, leadership and expertise of First Nations women, and calling on politicians to listen and respond to our calls for action.**

Change the Record is Australia's only national Aboriginal led justice coalition of Aboriginal peak bodies and non-Indigenous allies. For International Women's Day in 2022, they write about the need for the government to commit to a dedicated, self-determined National Safety Plan for Aboriginal and Torres Strait Islander women and children.

Blak women have endured and resisted colonisation, dispossession and exploitation for centuries. We have nurtured, raised and defended our children and held our communities together in the face of violence, racism and displacement from Country.

We are the experts in our own lives, our own safety and what we need to thrive.

**For too long governments of all stripes have failed to listen to First Nations women. We have been silenced and ignored. No more. This International Women's Day we are calling on the incoming government to put us in the driver's seat of our own lives – where we belong.**

The failure of successive governments to address and redress the injustices that have seen us dispossessed of our land, our children removed and our people killed means Aboriginal and Torres Strait Islander women continue to experience violence at starkly disproportionate rates. Nationally, Aboriginal and Torres Strait Islander women are 32 times more likely to be hospitalised due to family violence than non-First Nations women, 10 times more likely to die due to assault, and 45 times more likely to experience violence. This is a national crisis which demands a self-determined, community-led response by and for Aboriginal and Torres Strait Islander women.

Last year we released a report **Pathways to Safety** which brought together the expertise of Aboriginal and Torres Strait Islander women and organisations and set out fifteen key recommendations for the government to follow to give us the power we need to keep ourselves, our children and our families safe.

Noone understands the challenges we face, and strengths of our people, better than we do.

That is why we are calling for a dedicated, self-determined National Safety Plan for Aboriginal and Torres Strait Islander women and children. We don't want a subsidiary action plan to sit beneath a mainstream plan – we are not a footnote to 'mainstream Australia'. We don't want a plan developed by Government in consultation with a handpicked committee of advisors.

We are calling for a genuinely self-determined National Safety Plan for and by Aboriginal and Torres Strait Islander women. Let us decide what's best for our and our communities.

Pathways to Safety does what the Government's National Safety Plan does not – it sets out clear, tangible actions that government could take right now to address some of the key barriers to safety. Without going through them all here, let's look at some of the key ones:

## POVERTY

Government policies for over two hundred years have been driving mob into poverty – and they continue today. Centrelink payments below the poverty line force women to choose between safety and being able to feed and clothe our children. Racist and punitive income management schemes and mutual obligations trap women and children in unsafe situations. This can be fixed. During the Covid-19 pandemic the Commonwealth Government raised the rate of Centrelink to above the poverty line and for the first time women were given the freedom to make decisions in their best interests and the best interests of their children. We are calling on whichever party is elected to government in May to permanently lift social security payments above the poverty line so women aren't forced to choose between safety, and having enough food to eat.

## HOUSING

Everyone needs somewhere safe and decent to live. Governments have failed to provide enough housing, and Aboriginal and Torres Strait Islander peoples have been neglected for decades. Homelessness drives our mob into prison, and it traps women in unsafe homes. We make up 20% of people with nowhere to live, despite being just 3% of the total population. This is a crisis caused by governments' failures to invest in affordable housing. We are calling on the incoming government not only to provide more social and public housing as an urgent response to the epidemic of family violence, but to specifically invest in Aboriginal-controlled housing. Let us own and control our homes and keep our people safe.

## COMMUNITY-LED SOLUTIONS

We are calling for greater investment in community-based solutions that have been shown to work time and time again, and for governments to stop insisting that they know best.

**"It is not safe for our women to call the police when they are in danger. Too often our cries for help are met with police hostility or dismissal. Worse, we are often misidentified as the perpetrators of family violence and criminalised. We are terrorised with the threat of having our children removed."**

*ANTOINETTE BRAYBROOK, CO-CHAIR OF CHANGE THE RECORD*

Mainstream services are failing our women, yet budget after budget we see governments fail to fund the community programs and family violence prevention and legal services that actually work. Community-controlled services with community trust, authority and expertise are examples of self-determination in practice and are at the heart of ending violence against Aboriginal and Torres Strait Islander women. Right now, FVPLSs aren't resourced to provide national coverage and as a collective are only able to service an area covering half the Aboriginal and Torres Strait Islander population. This needs to change. If politicians are as serious as they say they are about ending violence against First Nations women, then they need to fund our services, now.

## TAKE ACTION!

Support our call for a dedicated National Safety Plan for and by First Nations women. It is only with Aboriginal and Torres Strait Islander women in the driver's seat, that we will make sure First Nations families, children and communities are strong in our culture and Country, safe and thriving.

You can read our report and join our campaign for action [here](#).

<https://www.amnesty.org.au/national-safety-plan-for-aboriginal-and-torres-strait-islander-women-and-children/>

# **SUPPORT A DEDICATED, SELF-DETERMINED NATIONAL WOMEN'S SAFETY PLAN FOR FIRST NATIONS WOMEN**

Aboriginal and Torres Strait Islander women have the solutions to gender-based violence – but Australian governments haven't listened to their solutions – they haven't funded their solutions, and that means that communities continue to experience violence.

Aboriginal and Torres Strait Islander women – who also battle the ramifications of colonialism and racism – face disproportionate violence.

Previous action plans haven't centred the voices of First nations women, and haven't reduced violence for them. The government needs to commit to a plan that centres the voices and solutions of First Nations women.

Aboriginal and Torres Strait Islander women have been clear. There needs to be a standalone National action plan for Aboriginal and Torres Strait Islander women and children.

**Take action and call for Women's Safety Minister Anne Ruston to commit to a National Action plan for and by First Nations women.**

**Hier finden Sie den Link zur englischsprachigen Petition von Amnesty International:**

<https://www.amnesty.org.au/act-now/support-a-dedicated-self-determined-national-womens-safety-plan/>

# INDONESIEN

## GOLDABBAUPLÄNE IN PAPUAS KONFLIKTHERD BEDROHEN DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER

Seit Ende 2019 leben im Regentschaftsgebiet Intan Jaya indigene Papuas des Moni/Migani-Stammes in einem Umfeld von Gewalt, Einschüchterung und Angst durch die zunehmende Präsenz von indonesischen Sicherheitskräften. Es gibt Berichte über Tötungen, Schläge, Razzien und zahlreiche Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens.

Trotz dieser unsicheren Lage hat die indonesische Regierung angekündigt, die Pläne für den Goldabbau in der Regentschaft voranzutreiben. Dort befindet sich eines der größten Golderzvorkommen Indonesiens, auch bekannt als Wabu Block.

Durch das Bergbauprojekt werden sich die Konflikte und Repressionen aller Voraussicht nach verschärfen und die Menschenrechtssituation der Indigenen weiter verschlechtern, ganz zu schweigen von der Gefahr massiver Umweltschäden in einer überwiegend bewaldeten Region und dem Verlust ihrer Lebensgrundlage.

Amnesty International fordert die indonesische Regierung auf, das Genehmigungsverfahren für den Wabu-Block auszusetzen und die betroffenen Indigenen Papuas zu konsultieren, um ihre „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ entsprechend der *UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker* einzuholen. Vor dem Hintergrund des bestehenden Konfliktherdes in Papua ist Amnesty International besorgt über mögliche Auswirkungen des Goldabbaus auf die Menschenrechtssituation der dort ansässigen Indigenen.

Am 21. März 2022 hat das *Crisis Response Team* in Zusammenarbeit mit der indonesischen Sektion von Amnesty International einen Bericht mit dem Titel „*Gold Rush*“<sup>1</sup> veröffentlicht. Darin werden die Menschenrechtsrisiken für die in der Provinz Papua lebenden Indigenen im Zusammenhang mit dem geplanten Goldabbauprojekt dokumentiert.

Hier finden Sie den englischsprachigen Link zu einer Petition der indonesischen Sektion von Amnesty International:

[https://amnestyindo.nationbuilder.com/petition\\_wabu\\_block\\_en\\_22](https://amnestyindo.nationbuilder.com/petition_wabu_block_en_22)Hier kommen Sie zur Petition

Übersetzt und zusammengestellt von Marianne Kersten  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>1</sup> Amnesty International, “Gold Rush, Indonesia’s Mining plans risk fueling abuses in Papua” 2022, <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/03/ASA2152572022ENGLISH.pdf>

# BANGLADESCH

## AKTIONSPOSTKARTE:

### UNTERSTÜTZEN SIE DIE MRO VOR DER VERTREIBUNG VON IHREM LAND!

Im Distrikt Bandarban in den Chittagong Hill Tracts, einem Gebiet im Südosten des Landes, droht den Mro in acht Dörfern die Vertreibung wegen des geplanten Baus eines 5-Sterne-Hotels. Aufgrund dieses Tourismusprojekts könnten den Mro mindestens 800 Morgen Land weggenommen werden, etwa 10.000 Menschen wären insgesamt betroffen. Das soziale, wirtschaftliche, traditionelle und kulturelle Gefüge der Mro würde zerstört. Die Mro und weitere indigene Gemeinschaften fürchten, dass heilige Stätten, Wälder, Wasserressourcen und die Biodiversität geschädigt würden.

Zusammen mit der Bangladesch-Länderkogruppe haben wir eine Aktionspostkarte erstellt mit dem Appell, das Luxusprojekt sofort zu stoppen.

Weitere Informationen erhaltet ihr mit einem Infoblatt sowie einem Beitrag aus unserem Rundbrief vom Mai 2021, Seite 6 f. Diese findet ihr auch auf der 2. Seite im Intranet.

**50 Postkarten kosten 5 EUR inkl. Versand.**

Die Postkartenanzahl kann nach eurem Wunsch angepasst werden. Bei eurer Bestellung an

[barbara.hermanns@amnesty-indigene.de](mailto:barbara.hermanns@amnesty-indigene.de)

gebt bitte eure **Gruppennummer** und die vollständige **Postanschrift** an.

Barbara Hermanns

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

# IF I LOSE MY LAND, I AM NO ONE. I HAVE NOTHING.

*A voice from the Indigenous Mro facing eviction from their land.*

International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA)

**BITTE UNTERSTÜTZEN SIE DIE MRO IN BANGLADESCH!**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Dear Minister,

I am writing to share concern about the construction of a five-star hotel on the route between Chimbuk and Thanchi in the Chittagong Hill Tracts which could lead to the forced eviction of the Mro Indigenous people. This would destroy the social, economic, traditional and cultural fabric of the Mro Indigenous community. They are also afraid that the construction of the hotel will damage sacred sites, forests, water resources and biodiversity in the region.

**I urge your government to:**

- Immediately abandon the construction of the luxury hotel on the Chimbuk-Thanchi route, and ensure that any further construction or establishment in the Indigenous land respects the free prior and informed consent of the community;
- Protect and develop the lives and livelihood of the Indigenous peoples in line with Bangladesh's commitment in its Constitution and international human rights law.

Best regards

\_\_\_\_\_  
Name, surname

\_\_\_\_\_  
Date, city, signature

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND e.V. Zimowitzer Straße 8 · 10115 Berlin · amnesty.de

Bitte mit  
95 Cent  
freimachen

Mr. Bir Bahadur Ushwe Sing MP  
Minister  
Ministry of Chittagong Hill Tracts Affairs  
Bangladesh Secretariat  
Dhaka 1000  
Bangladesh

# SCHWEDEN

AMNESTY INTERNATIONAL SCHWEDEN: PRESSEMITTEILUNG 22. MÄRZ 2022, 15:54 UHR

## GÁLLOK: SCHWEDISCHE REGIERUNG TUT SO, ALS GÄBE ES KEINE RECHTE DER INDIGENEN

Amnesty bedauert zutiefst, dass die schwedische Regierung den Antrag von Beowulf Mining auf eine Verarbeitungskonzession für eine Eisenerzmine in Gállok genehmigt hat. Diese Entscheidung wurde getroffen, obwohl die betroffenen samischen Gemeinden, das samische Parlament, UN-Experten, die UNESCO, Amnesty, das Komitatsverwaltungsamt (Bezirksverwaltung), die schwedische Umweltschutzbehörde, die nationale Denkmalschutzbehörde und viele andere sich dagegen ausgesprochen haben. Es handelt sich nicht um einen kritischen Mineralstoff für den grünen Übergang. Expert/-innen schätzen, dass das Eisenerz von mittelmäßiger Qualität ist und der Bergbau für eine begrenzte Zeit Arbeitsplätze schaffen könnte, während die Auswirkungen auf die Umwelt und die samische Kultur wahrscheinlich dauerhaft zu werden drohen.

„Schweden hat eine indigene Bevölkerung, deren Rechte international verbindlich sind. Dazu gehört das Recht auf eine freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC: free, prior and informed consent)<sup>1</sup> in Angelegenheiten, die für indigene Völker von großer Bedeutung sind. Ein Bergwerk in Gállok auf Weideland, das für die Rentierzucht von entscheidender Bedeutung ist, ist eine solche Angelegenheit. Die betroffenen samischen Gemeinschaften haben sich mit Unterstützung von Umwelt- und Rechtsexperten/-innen auf nationaler und internationaler Ebene klar dagegen ausgesprochen. Die Tatsache, dass die Regierung trotzdem grünes Licht gibt, ist erstaunlich und kann nur als Bestätigung dafür gesehen werden, dass die Rechte indigener Völker bei politischen Entscheidungen in Schweden kein großes Gewicht haben“, sagt Johanna Westeson, Juristin und Expertin für Diskriminierungsfragen bei Amnesty Schweden.

Während der Pressekonferenz nannte Unternehmensminister Karl-Petter Thorwaldsson zwölf Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine Mine in Betrieb gehen kann. Unter anderem muss das Unternehmen Sicherheitszäune, Schutzdämme oder andere Einrichtungen errichten, um das Risiko von Unfällen mit Rentieren innerhalb des Konzessionsgebiets zu minimieren, und die Kosten für den Lkw-Transport der Rentiere durch die samischen Dörfer übernehmen. Darüber hinaus muss das Unternehmen die samischen Dörfer, die schwedische Umweltschutzbehörde und die nationale Denkmalschutzbehörde regelmäßig konsultieren. Aber keine dieser Bedingungen kann die Tatsache überdecken oder kompensieren, dass die Rentierzucht durch die Ansiedlung einer Eisenerzmine sehr stark beeinträchtigt wird – und dass alle konsultierten Sami-Gruppen und -Vertreter/-innen deshalb Nein gesagt haben. Die samischen Dörfer haben Angebote für Entschädigungen und Schutzmaßnahmen entschieden abgelehnt und deutlich gemacht, dass an diesem Standort ein Bergwerk nicht mit der Rentierhaltung koexistieren kann.

In einem Prozess, der sich mit dem Recht auf eine „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ befasst<sup>2</sup>, wären die Stimmen der Sami gehört worden – im Gegensatz zu dem Vorgehen, das die Regierung jetzt abgebrochen hat. In diesem Zusammenhang stellen wir fest, dass der Wirtschaftsminister

---

<sup>1</sup> Die Übersetzung dieses Satzes wurde vom Redaktionsteam geändert.

<sup>2</sup> ebd.

während seiner Pressekonferenz nicht ein einziges Mal auf das internationale Recht und die für Schweden verbindlichen Verpflichtungen in Bezug auf die Rechte der Ureinwohner/-innen verwiesen hat, obwohl die Sami als Ureinwohner/-innen gelten. Das ist erschreckend und überholt", sagt Johanna Westeson.

Im Oktober 2021 entschied der Oberste Gerichtshof Norwegens, dass ein Windpark nicht genehmigt werden kann, weil er das Recht der Sami auf ihre Kultur verletzt, da er sich negativ auf die Rentierzucht auswirkt. Dieses Recht ist durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) geschützt, der auch in Schweden verbindlich ist. Und hier in Schweden stellte der Oberste Gerichtshof im Januar 2020 in dem viel beachteten Girjas-Urteil fest, dass "bei der Anwendung der nationalen Rechtsvorschriften die Bräuche und Gewohnheitsrechte der indigenen Völker gebührend zu berücksichtigen sind." Dies ergibt sich aus Artikel 8 Absatz 1 des IAO-Übereinkommens 169, das zwar von Schweden nicht ratifiziert wurde, aber "als Ausdruck eines allgemeinen Grundsatzes des Völkerrechts in dieser Hinsicht angesehen werden kann." Der Gerichtshof betonte auch, dass Schweden bei seiner Rechtsanwendung die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker berücksichtigen muss. Dies bedeutet, so der Gerichtshof, dass es für die Erhaltung der samischen Kultur erforderlich sein kann, den Zugang der samischen Gruppen zu dem von ihnen traditionell genutzten Land zu gewährleisten.

Der Schutz vor einem Bergwerk in Gállok ist eine solche Bedingung. Doch die Regierung hat sich entschieden, die Interessen der Bergbauindustrie über die der Sami zu stellen, denn während die Gerichte zunehmend indigenes Recht in ihre Rechtsanwendung einbeziehen, handeln die verantwortlichen Politiker/-innen so, als gäbe es kein internationales Recht.

„Diese Entscheidung ist nicht nur verheerend für die samische Kultur und die samische Industrie, sondern auch für das Vertrauen der Sami in den schwedischen Staat. Vor Kurzem hat die Regierung beschlossen, eine Wahrheitskommission zu ernennen, die historische und gegenwärtige Übergriffe des Staates auf das indigene Volk der Sami untersuchen soll. Aber wie kann man einem solchen Prozess vertrauen, wenn die Übergriffe weitergehen? Wie kann das samische Volk den Willen zur Wiedergutmachung der historischen Verletzungen ernst nehmen, wenn es heute eine Wiederholung desselben kolonialen Musters sieht?", sagt Johanna Westeson.

Amnesty wird das Geschehen nun genau beobachten und unterstützt sowohl eine gerichtliche Überprüfung als auch friedliche Proteste gegen die Gállok-Entscheidung.

<https://www.amnesty.se/press-och-media/#!/pressreleases/gallok-svenska-regeringen-agerar-som-om-urfolksraetten-inte-fanns-3170504>

Aus dem Schwedischen übersetzt (mit DeepL.com) von Rosie Hofstetter  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

Bitte lesen Sie auch den eindringlichen Brief des *UN-Komitees zur Beseitigung von Rassendiskriminierung* (UN-CERD) vom 29. April 2022 zur Entscheidung der schwedischen Regierung, den Eisenerzabbau in Gállok, im Land der indigenen Samen, zuzulassen. Die Entscheidung wurde gegen den ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Gemeinschaften und unter eklatanter Missachtung der Empfehlungen von Umweltorganisationen, der UNESCO und UN-Sonderberichterstatter/-innen getroffen.

[https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/SWE/INT\\_CERD\\_ALE\\_SWE\\_9557\\_E.pdf](https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/SWE/INT_CERD_ALE_SWE_9557_E.pdf)

# RUSSISCHE FÖDERATION

URGENT ACTION

## GERICHTLICHE ENTSCHEIDUNG ÜBER ZWANGSEINWEISUNG

**ALEKSANDR GABYSHEV, 52 Jahre**

Am 25. Februar wird ein russisches Gericht in Süd-Westsibirien die Verlängerung von Aleksandr Gabyshevs Zwangsaufenthalt in einer psychiatrischen Einrichtung prüfen. Die Anhörung wird in der psychiatrischen Einrichtung stattfinden. Aleksandr Gabyshev ist wegen seiner Kritik an Präsident Wladimir Putin willkürlich für psychisch krank erklärt worden und wird in einer psychiatrischen Einrichtung festgehalten.

Durch seine Zwangseinweisung in eine psychiatrische Einrichtung sind die Menschenrechte von Aleksandr Gabyshev verletzt worden. Er muss deshalb umgehend aus der psychiatrischen Einrichtung entlassen werden, in die er in Verbindung mit seiner Kritik an Präsident Putin und seiner Absicht, aus Protestgründen zu Fuß von Jakutsk nach Moskau zu gehen, eingewiesen wurde.

Am 25. Februar wird das Bezirksgericht Zayeltsovsky (Sajelzowski) in Nowosibirsk die Verlängerung des Zwangsaufenthalts von Aleksandr Gabyshev in der psychiatrischen Einrichtung in Nowosibirsk abwägen. Die Freiheitsberaubung aufgrund von psychischen Erkrankungen ist gemäß dem Völkerrecht und internationalen Standards ungerechtfertigt, wenn sie nicht unbedingt notwendig ist, um die Person selbst oder andere zu schützen. Während der ersten Anhörungen bezüglich der Zwangseinweisung von Aleksandr Gabyshev vor dem Stadtgericht von Jakutsk im Juli 2021 und vor dem Obersten Gerichtshof der Republik Jakutien (Sacha) im September 2021 wurden den Gerichten keine ausreichenden Beweise vorgelegt, um zu belegen, dass er eine Gefahr für sich und andere darstellt. Außerdem wurde während des Prozesses sein Recht auf ein faires Gerichtsverfahren verletzt.

Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, dessen Vertragsstaat Russland ist, verbietet die Freiheitsberaubung aufgrund von Behinderungen jeglicher Art, einschließlich psychischer oder geistiger Beeinträchtigungen. Darüber hinaus kann laut dem Sonderberichterstatter über Folter eine medizinische Behandlung, die ohne freie und auf Kenntnis der Sachlage gegründete Einwilligung durchgeführt wird, unter Umständen als Folter oder andere Misshandlung gelten.

Indem Aleksandr Gabyshev die Freiheit verwehrt wird, seinen friedlichen Aktivismus ausüben, verletzen die russischen Behörden ihre Verpflichtungen im Rahmen internationaler Menschenrechtsnormen. Dazu gehören die Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Juli 2021 entschied das Stadtgericht von Jakutsk, Aleksandr Gabyshev in eine psychiatrische Einrichtung einzuweisen. Diese Entscheidung wurde im September 2021 durch den Obersten Gerichtshof der Republik Jakutien (Sacha) bestätigt. In der Begründung hieß es, Aleksandr Gabyshev sei psychisch krank. Diese Einschätzung steht im Zusammenhang mit seinem friedlichen Aktivismus gegen Präsident Putin sowie seiner Aussage, den Kreml mithilfe seiner schamanischen Kräfte von Putin zu „säubern“. Aleksandr Gabyshev befindet derzeit in einer psychiatrischen Sondereinrichtung in Nowosibirsk, die ungefähr 1000 Kilometer von seinem Zuhause in Jakutsk entfernt liegt.

Der Schamane Aleksandr Gabyshev ist seit seinem ersten Versuch im September 2019 für sein Vorhaben bekannt, 8.500 Kilometer von Jakutsk nach Moskau zu wandern und seine schamanischen Kräfte dafür nutzen zu wollen, den Kreml von Wladimir Putin zu „säubern“. Dafür ist er schon mehrfach von den Behörden ins Visier genommen worden. Seine erste Festnahme erfolgte im September 2019. Damals wurde er von bewaffneten, maskierten Sicherheitskräften festgenommen, die ihn von einem Campingplatz wegbrachten, ohne sich auszuweisen oder eine Begründung für die Festnahme zu nennen. Aleksandr Gabyshev wurde in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen, kam aber bald wieder frei. Danach wurde er unter Beobachtung gestellt und galt als Verdächtiger wegen „öffentlichen Aufrufs zu extremistischen Aktivitäten“ unter Paragraf 208 (1) des Strafgesetzbuches. Im Mai 2020 versuchte er erneut, zu Fuß nach Moskau zu gehen und wurde wieder festgenommen, weil er sich geweigert haben soll, sich auf Covid-19 testen zu lassen. Er wurde von Psychiater\_innen in einer Klinik untersucht, die feststellten, dass er im Zusammenhang mit seiner Absicht, „der Regierung zu schaden“, an einer „Überbewertung seiner eigenen Persönlichkeit“ leide. Nach öffentlicher Kritik in Russland und auf internationaler Ebene wurde er am 22. Juli 2020 aus der Klinik entlassen.

Nachdem er angekündigt hatte, sich erneut nach Moskau aufzumachen, leiteten die Behörden am 27. Januar 2021 weitere strafrechtliche Schritte gegen Aleksandr Gabyshev ein. Unter dem Vorwand, dass er einen Psychiatertermin für seine vermeintliche psychische Erkrankung nicht wahrgenommen hatte, schickten die Behörden ungefähr 50 Ordnungskräfte in Kampfausrüstung zu seinem Haus in Jakutsk. Diese wurden von dem stellvertretenden Innenminister von Jakutien angeführt und von Ärzt\_innen begleitet und nahmen ihn fest. Die Polizei gab an, dass Aleksandr Gabyshev während seiner Festnahme ein jakutisches Zeremonienschwert gezogen und einem der Ordnungskräfte eine kleine Schnittwunde zugefügt habe. Am 2. Februar gab die Ermittlungsbehörde bekannt, dass er offiziell wegen „Aufrufs zum Extremismus“ und „Gewaltanwendung gegen Polizeibeamte“ angeklagt worden sei. Am 18. März 2021 sagten medizinische Expert\_innen, dass bei ihm ein psychisches Problem diagnostiziert wurde.

**UA-098/2021-2 – AI-Index: EUR 46/5250/2022 – 18. Februar 2022 – vp**

Siehe auch **UA-098/2021-1 – AI-Index: EUR 46/4846/2021 – 7. Oktober 2021 – ds**  
Rundbrief November 2021

# INDIGENE KUNST

AMNESTY JOURNAL DEUTSCHLAND – 09. FEBRUAR 2022

## WEBFEHLER IM SYSTEM

**DIE BERLINER KÜNSTLERIN MARCELA MORAGA THEMATISIERT IN IHREN ARBEITEN DIE AUSBEUTUNG VON ROHSTOFFEN IN SÜDAMERIKA UND DEN KAMPF INDIGENER GEGEN DIE ZERSTÖRUNG IHRES LEBENSRAUMS.**

*Von Nina Apin*

Hinter Marcela Moragas Rücken tanzen die Bagger. Die 46-jährige Künstlerin sitzt auf einem schwarzen Lederdrehstuhl in ihrem Berliner Atelier; hinter ihr wirbeln stilisierte Bagger aus Wollfäden mit erhobenen Greifarmen auf braungrauem Filz. Im Raum verteilt hängen weitere ihrer Arbeiten, lässig mit Klebeband an die Wand gepinnt: Fotos, Skizzen, ein buntgestreiftes Stück Stoff mit Aguayo-Muster.

Die traditionellen Andentextilien haben es Moraga besonders angetan. „Erst war es eine rein visuelle Faszination: Ich mochte die leuchtenden Farben, die geometrischen Muster erinnerten mich an frühe Atari-Computerspiele“, erzählt sie. „In Santiago de Chile kann man Aguayos überall als Souvenirs kaufen.“ Bei einem ihrer Heimatbesuche deckte sich die gebürtige Chilenin ein. Zurück in Berlin befasste sie sich näher mit der symbolischen Bedeutung der Tücher, die in Peru, Bolivien, Chile und Argentinien getragen werden – als Kleidungsstücke, Transportbeutel oder zu rituellen Anlässen.

### „LEBENSRAUM DEM PROFIT GEOPFERT“

„Die Aguayos sind für mich Bücher geworden“, sagt Moraga. „Darin steckt eine ganze Welt aus Mythen und Ritualen.“ Sie hat die Erzählungen der klassischen Webmuster um eine zeitgenössische Geschichte ergänzt: die des Bergbaus. „In den 1980er Jahren wurde die Bergbauindustrie in Südamerika groß. In der gesamten Andenregion bauen einheimische Firmen und multinationale Konzerne seither Kupfer, Gold und Silber ab“, erklärt sie und zeigt am Monitor eine Karte der Region. Chile verfügt über die weltweit größten Kupfervorkommen, die Rohstoffindustrie ist für 60 Prozent der Exporterlöse verantwortlich.

Für Moraga, die mit ihren Eltern und zwei Schwestern im Großraum Santiago aufwuchs, gehörten die riesigen Abraumbagger zu ihrer Kindheit: Der Vater arbeitete als technischer Zeichner für eine Bergbaufirma. „Bei uns zu Hause hingen überall Maschinenfotos. Als ich meinen Vater zu einer Messe begleitete, war ich beeindruckt von diesen Monstern.“ Später, während ihres Kunststudiums in Santiago, begann sie, sich mit den Schattenseiten der Rohstoffausbeutung auseinanderzusetzen: Wasserknappheit und Erosion, Umweltgifte, die Luft und Boden verseuchen, Dorfgemeinschaften und Indigene, die dem Tagebau weichen müssen.

„Überall in Südamerika ist es so: Ein Lebensraum nach dem anderen wird dem Profit geopfert“, sagt Moraga. Mit ihrer leisen, klaren Stimme berichtet sie vom Lithiumabbau in der Salzwüste Uyuni in Bolivien. „Jetzt sind die Chinesen dort eingestiegen, und es gibt kaum Umwelt- oder Sozialstandards, an die sie sich halten müssen.“ Nicht nur für die berühmten rosa Flamingos werde das eine Katastrophe, glaubt die Künstlerin.

Für ihre Ausstellung „Der Berg als Kettfaden“, die sie gerade in einer Berliner Galerie gezeigt hat, überwebte Moraga die Aguayos mit Grubenloren aus Wollfilz und stickte konzentrische Linien von Tagebaugebieten, die sich wie Narben über das Gewebe ausbreiten. Das Traditionell-Folkloristische garniert Moraga mit unmissverständlichen Botschaften: So zeigt das Wandbild „Minenarbeiter, Maschinen und Wasser“ Tagebauarbeiter, Bagger und tote Fische in beunruhigender Symmetrie. Für ihre Textilarbeiten hat Moraga sich selbst das Stickten beigebracht und mit computergenerierter Stickerei experimentiert. Für einen geplanten großformatigen Wandteppich hat sie Kontakt mit einem Textilmuseum in den Niederlanden aufgenommen, das alte Techniken pflegt.

### DEMOKRATISCHE TEILHABE UNTERSTÜTZEN

Obwohl die Chilenin, die 2005 mit einem Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) nach Hamburg kam und sich 2010 in Berlin niederließ, nun schon so lange in Deutschland lebt und mit einem Deutschen verheiratet ist, fühlt sie sich ihrer Heimat weiter verbunden. Viele ihrer – stilistisch höchst unterschiedlichen – Werke kreisen um die Verbindungen zwischen Lateinamerika und Europa. So unternahm sie eine Reise nach Patagonien, die sie als Tagebuch in der Tradition kolonialistischer „Entdecker“ aufbereitete: „Neither spices nor species“ hieß das Werk, das sie in Berlin im Pinguinkostüm präsentierte – natürlich am Humboldtthain.

2016 verbrachte sie mit Unterstützung eines chilenischen Kunstförderprogramms drei Monate in einem Dorf im Mapuche-Territorium im Süden des Landes. Ihr künstlerischer Auftrag: die Gemeindemitglieder in ihrer demokratischen Teilhabe zu unterstützen. Moraga stieß im Netz auf ein kleines Umweltkollektiv namens „Salvemos el río Renaico“ (Retten wir den Fluss Renaico), das gegen die örtliche Papierindustrie kämpft. „Diese jungen Leute beeindruckten mich“, erzählt Moraga. „Sie haben kaum Rückhalt in der Bevölkerung, man schimpft sie Anarchisten. Doch sie geben immer weiter Workshops, um aufzuklären über die giftigen Abwässer und die Fichten- und Eukalyptus-Plantagen, die den Wasserspiegel so gesenkt haben, dass die Menschen, die früher im Fluss fischten, auf Trinkwasserlieferungen angewiesen sind.“

### „NIEMAND FRAGT, WIE DIE MINERALIEN FÜR E-AUTOBATTERIEN GEWONNEN WERDEN“

Moraga hatte ihr Thema gefunden. Sie zog in ein kleines Haus im Dorf und führte zusammen mit den Aktivist\_innen Aktionen durch: Schulkinder performten eine Menschenwelle für den Fluss, Frauen hängten eingesammelte PET-Flaschen mit guten Wünschen von der Brücke. Für ein geplantes Gemeindemuseum wurden lokale Mythen und Anekdoten zum Fluss gesammelt, der für die Bewohner\_innen einst von spiritueller Bedeutung war. Ein Raum aber fand sich bis heute nicht: „Die lokalen Politiker mögen uns nicht. Wenigstens hat man uns nicht bedroht – wir waren wohl zu harmlos.“ Moraga lacht, in bitterer Anspielung auf getötete Aktivist\_innen in der von Konflikten zwischen Regierung und indigenen Gruppen geprägten Region.

### „HIER IN DEUTSCHLAND HAT KAUM JEMAND EINE VORSTELLUNG DAVON, WIE ABWESEND DER STAAT DORT IST.“

*Marcela Moraga, Künstlerin*

Zurück in Berlin zeigte sie ihren mit der Umweltgruppe gedrehten Dokumentarfilm bei einer Ausstellung über Demokratie in Südamerika. „Hier in Deutschland hat kaum jemand eine Vorstellung davon, wie abwesend der Staat dort ist“, sagt sie. „In Chile ist die gesamte Wasserversorgung in privater Hand, auf dem Land gibt es kaum Bildung oder Gesundheitsversorgung. Wenn am Renaico jemand krank wird, veranstaltet das Dorf eine Tombola, um die Operation zu bezahlen.“

Den Deutschen seien solche Probleme zwar bekannt, sagt sie und schaut hinüber in die hell erleuchteten Fenster gegenüber ihrem Atelier, wo sich unter anderem die Büros der nachhaltigen Suchmaschine Ecosia befinden. Aber den meisten sei der Zusammenhang mit ihrem eigenen Konsum nicht bewusst. „Es fällt mir auf, dass niemand fragt, wie all die Mineralien für E-Autobatterien gewonnen werden.“

Den Jahreswechsel wird Moraga mit ihrer Familie bei ihren Eltern in Chile verbringen. Vor ein paar Jahren sind sie aufs Land gezogen – noch näher an die Riesenmaschinen aus Moragas Kindheit. Ihre Aguayos würden sicher gut in das neue Haus passen.

Zur Website der Künstlerin: <http://marcelamoraga.org>

***Nina Apin*** ist freie Journalistin und Autorin. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.

Hier finden Sie den Artikel mit Fotos online:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/deutschland-kuenstlerin-marcela-moraga>

# FILMTIPP

## RHYTHM & RESISTANCE – DOKUMENTARFILM VON MARCO KELLER ON TOUR

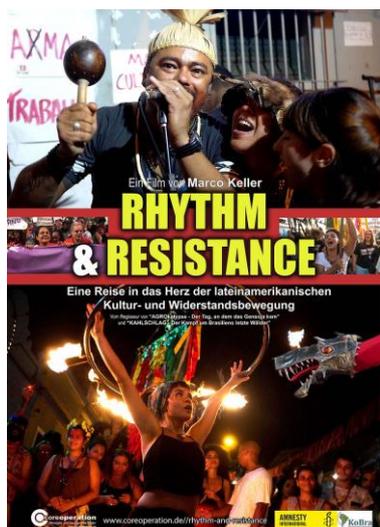
Nach »Kahlschlag – Der Kampf um Brasiliens letzte Wälder« (2012) und »AGROKALYPSE – Der Tag, an dem das Gensoja kam« (2016) ist der neue Dokumentarfilm „**Rhythm & Resistance**“ vor wenigen Wochen an den Start gegangen. Es ist die dritte Produktion von Marco Keller, die Amnesty International unterstützt.

Der Film behandelt soziale Forderungen zu Menschenrechten sowie die Hoffnungen und Ängste gesellschaftlich benachteiligter Gruppen im Norden Brasiliens, zum Beispiel aus der Afro-Bewegung, von Frauen, LGBTIQ und Indigenen. Die in »Rhythm & Resistance« dargestellte Bedeutung von Kultur, Gemeinschaft und Tradition erscheint gerade in Zeiten der Corona-Pandemie als ein starkes, soziales Bindeglied. So werden Proteste gegen soziale Ungleichheiten in Brasilien traditionell über starke Rhythmen in die Gesellschaft getragen.

Sie können den Film Ihren lokalen Kinos anbieten, oder Sie organisieren selbst einen Filmabend gegen eine geringe Lizenzgebühr. Nähere Informationen und einen Hinweis zum Trailer finden Sie hier: <https://www.coreoperation.de/rhythm-and-resistance>.

Der Regisseur steht bei rechtzeitiger Planung für ein Filmgespräch zur Verfügung. Die Kosten umfassen – je nach Aufwand – folgende Positionen: Honorar: 280–350 € zzgl. Reisekosten (BC 25 % vorhanden) und ggf. Unterkunft. In Absprache mit Marco Keller erhalten die Gruppen einen individuellen Kostenvoranschlag.

Wir würden uns freuen, wenn Sie im Vorfeld der im Oktober 2022 stattfindenden Wahlen in Brasilien den Film »Rhythm & Resistance« in Ihre Planung aufnehmen könnten.



Kontakt über Marco Keller [vertrieb@coreoperation.de](mailto:vertrieb@coreoperation.de)  
oder Barbara Hermanns  
[barbara.hermanns@amnesty-indigene.de](mailto:barbara.hermanns@amnesty-indigene.de)

Barbara Hermanns  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

# BUCHTIPPS



**Dr. Jessika Eichler:**  
**Die Rechte indigener Völker im Menschenrechtssystem**  
Nomos Verlag, 2021  
266 Seiten, 24 Euro  
ISBN 978-3-8487-6483-9

Das Buch erlaubt Einblicke in das kürzlich etablierte internationale Sonderrechtsregime zu den Rechten indigener Völker. Dabei wird die Leserschaft von den Anfängen in den 1970er Jahren bis hin zu aktueller Rechtsprechung geführt. Angenommene internationale und regionale Normen werden mit gesellschaftspolitischen Herausforderungen kontrastiert. Ähnlich werden breitere Debatten rund um die Anerkennungs- und Dekolonialisierungspolitik, Multilateralismus-Systeme und globales Regieren, die Pluralisierung der Gesellschaft und ihrer Institutionen, Kollektivrechte und die Bedeutung ziviler, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte eröffnet. Dieses gruppenspezifische Gebiet des internationalen Menschenrechtsschutzes wird somit mittels des internationalen Rechtes und sozio-politischen Herangehensweisen betrachtet.

*"Ein beeindruckender Überblick zur weltweiten Lage der Rechte indigener Völker, ihrer Umsetzung und den damit verbundenen Herausforderungen. Das Buch führt Leser und Leserinnen sowohl in die Grundpfeiler indigener Rechte bei der UN ein als auch in zahlreiche Fallbeispiele und konkrete Rechtsprechungsverfahren auf der ganzen Welt. Ein zukünftiges Standardwerk über indigene Völker im globalen Menschenrechtsschutzsystem."*

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker, Amnesty International Deutschland

Leseprobe: [https://www.nomos-shop.de/shopfiles/leseprobe\\_978-3-8487-6483-9\\_leseprobe.pdf](https://www.nomos-shop.de/shopfiles/leseprobe_978-3-8487-6483-9_leseprobe.pdf)



**Robin Wall Kimmerer:  
„Geflochtenes Süßgras.  
Die Weisheit der Pflanzen“**

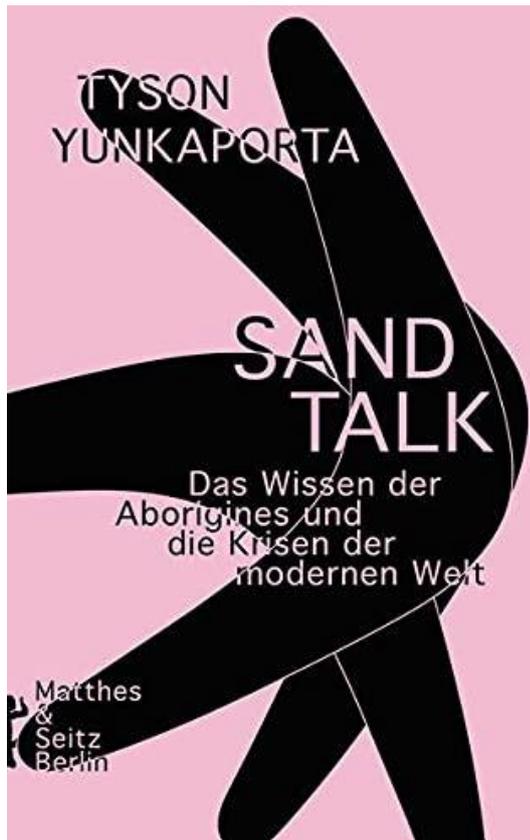
Aufbau Verlag, Berlin 2021  
461 Seiten, 24 Euro  
ISBN 978-3-351-03873-1

Engl.: "Braiding Sweetgrass", 2013

In „*Geflochtenes Süßgras*“ flicht Kimmerer aus indigener Weisheit und wissenschaftlichen Erkenntnisse einen Zopf an Geschichten über die Großzügigkeit der Erde. Das Süßgras gehört zu den wichtigsten Kulturpflanzen der indigenen Völker Nordamerikas. Das Buch folgt den verschiedenen Stadien des Süßgrasanbaus, vom Pflanzen, über das Hegen und Pflücken bis zum Ernten und Verbrennen. Jeden Schritt verbindet die Autorin dabei mit passenden Geschichten aus der indigenen Kultur und mit biologischen Betrachtungen über bestimmte Arten. Das Buch ist vor allem ein Wegweiser über den richtigen Umgang mit der Natur, ernten, ohne Schaden anzurichten, etwas an die Natur zurückgeben und vor allem teilen. Prinzipien, die wir heute wohl mit dem Wort „Nachhaltigkeit“ zusammenfassen würden. Indigenes Wissen erlebt in den letzten Jahren eine kleine Renaissance, so z. B. auch im Wissenschaftsbetrieb durch den Weltbiodiversitätsrat, der traditionelles Wissen aufnimmt.

**ROBIN WALL KIMMERER**, geboren 1953, ist Professorin für Botanik an der State University New York und Mitglied der Citizen Potawatomi Nation. Sie lebt in Syracuse, New York, wo sie SUNY Distinguished Teaching Professor für Umweltbiologie und Gründerin und Direktorin des Center for Native Peoples and the Environment ist.

Leseprobe: <https://www.thalia.de/shop/home/artikeldetails/A1060723318>



**Tyson Yunkaporta:**

**Sand Talk. Das Wissen der Aborigines und die Krisen der modernen Welt**

Verlag Matthes & Seitz Berlin, 2021

286 Seiten, 28 Euro

ISBN 978-3-7518-0339-7

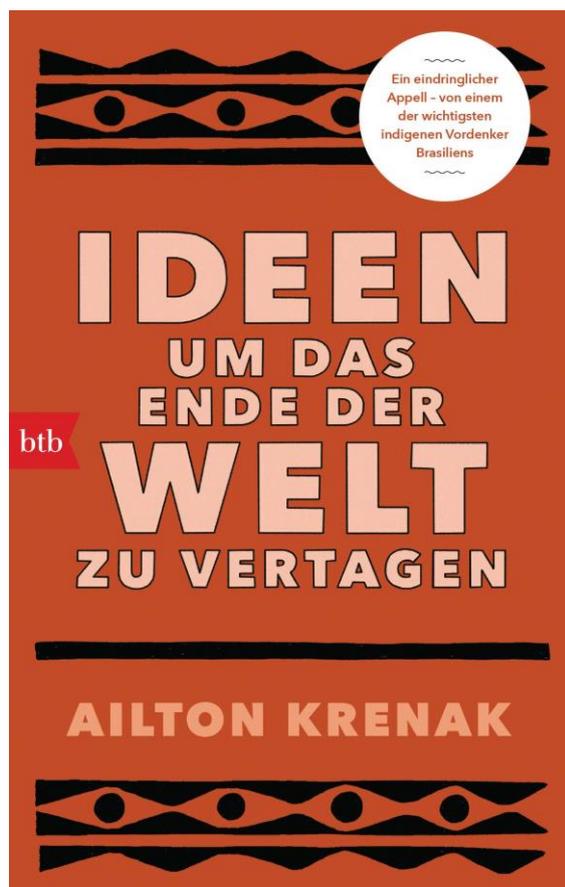
Engl.: How Indigenous Thinking Can Save the World

**WIE INDIGENES WISSEN DIE WELT RETTEN KANN. EINE ERZÄHLUNG DER WELT AUS SICHT DER ABORIGINES** (Das vom Verlag gewählte Wort "Aborigines" ist eher abwertend gemeint und wird im Englischen durch Aboriginal ersetzt. Im Deutschen wird aber weiterhin der Begriff Aborigine verwendet.)

*Sand Talk* beschert dem Leser nichts weniger als einen Wechsel der Perspektive, von der aus wir die Krisen der modernen Welt betrachten und neu beurteilen können. Tyson Yunkaporta, Angehöriger des im australischen West Cape York beheimateten Apalech-Clans und Professor für Indigenes Wissen, vermittelt in diesem an Geschichten reichen Buch das tiefe, komplexe und prozesshafte Wissen der Aborigines. Ein Wissen, das aus der innigen und symbiotischen Beziehung zum Land und zu den Ahnen besteht und auf dem Denken in Geschichten und dem Erkennen von Mustern beruht. Es ist flüchtig wie die Zeichnungen, die bei den Zwiegesprächen oder den Unterhaltungen in der Gruppe in den Sand gezeichnet werden, und zugleich umfassend wie die Traumzeit. Es ist aber auch ein Wissen, das durch die westliche Zivilisation verheert wurde, die die weiten Gebiete Australiens ausgeplündert und die Kultur der Aborigines, die sich als Hüter des Landes verstehen, marginalisiert und verstümmelt hat. Yunkaporta macht dieses verschüttete Wissen lebendig und sucht in den Mustern der indigenen Kultur nach Möglichkeiten, die Moderne auf den Weg der Nachhaltigkeit zu führen.

**TYSON YUNKAPORTA** ist Wissenschaftler und Kunstkritiker. Er ist Angehöriger des im äußersten Norden des australischen Queensland beheimateten Apalech-Stammes. Er schnitzt traditionelle Werkzeuge und Waffen und unterrichtet als Professor für Indigenes Wissen an der Deakin University in Melbourne.

Leseprobe: [https://www.matthes-seitz-berlin.de/fs/products/sand-talk/msb\\_yunkaporta\\_sand-talk\\_leseprobe.pdf](https://www.matthes-seitz-berlin.de/fs/products/sand-talk/msb_yunkaporta_sand-talk_leseprobe.pdf)



**Ailton Krenak:**  
**Ideen, um das Ende der Welt zu vertagen**

btb Verlag, 2021

144 Seiten, 10 Euro

ISBN: 978-3-442-77112-7

Originaltitel: IDEIAS PARA ADIAR O FIM DO MUNDO / A VIDA NÃO É ÚTIL

### **EIN EINDRINGLICHER APPELL – VON EINEM DER WICHTIGSTEN INDIGENEN VORDENKER BRASILIENS**

Die Menschheit steht vor der globalen Katastrophe. Der brasilianische Umweltaktivist Ailton Krenak sieht den Grund dafür in unserer bisherigen Definition vom Menschen – als Krone der Schöpfung, die berechtigt ist, die Natur nach Belieben auszubeuten. Sein eindringlicher Appell: Um unseren kollektiven Marsch in den Abgrund zu stoppen, müssen wir uns neu orientieren, veraltete Denkmuster loslassen und einen Weg zurück zu unserem Ursprung finden. Dabei helfen uns die verschiedenen kulturellen Auslegungen vom Menschsein, die überall auf dem Planeten zu finden sind. Nur so können wir das Ende der Welt vertagen.

**AILTON KRENAK** wurde 1953 in Minas Gerais im Tal des Rio Doce geboren. Er gilt als eine der wichtigsten Stimmen der indigenen Bewegung in Brasilien. Krenak arbeitete unter anderem mit der Aliança dos Povos da Floresta (Allianz der Waldvölker) zusammen, einer Organisation von Fluss- und indigenen Gemeinschaften im Amazonasgebiet, die sich für die Stärkung der Rechte indigener Völker einsetzt. Außerdem ist er Mitverfasser des UNESCO-Antrags, der 2005 die Gründung des Biosphärenreservats Serra do Espinhaço ermöglichte. Krenak kritisierte die Umweltkatastrophe von Brumadinho am Rio Doce im Jahr 2015, die das Gebiet seines Volkes unmittelbar betraf, und kritisierte die Regierung Bolsonaro und ihren Umgang mit den indigenen Völkern Brasiliens sowie den mangelnden Schutz des Amazonas-Regenwaldes. 2016 wurde er mit dem Orden für kulturelle Verdienste ausgezeichnet und ist Ehrendoktor der Bundesuniversität von Juiz de Fora, Minas Gerais.

Leseprobe: <https://www.thalia.de/shop/home/artikeldetails/A1059363746>